

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis vierteljährlich 1.50 RM, monatlich 1.30 RM, wöchentlich 30 Pf. frei und Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Kolonne...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 9. Februar 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Der Weg der Neutralen.

Tätigkeit in Flandern — Englische Angriffe auf dem Ancre-Nordufer und bei Bouchavesnes — Streifgefechte in der westlichen Moldau.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 8. Februar 1917. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Im Hyern-Bogen herrschte abends lebhafteste Feuerstätigkeit. Im Wytschaete-Bogen zerstörten wir durch umfangreiche Sprengung einen erheblichen Teil der feindlichen Minengänge...

Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht.

Seiderseits des Kanals von La Bassée, an der Ancre und bei Bouchavesnes war der Artilleriestampf gegen die Vortage gesteigert. Nach Mitternacht griffen die Engländer auf dem Nordufer der Ancre und südlich von Bouchavesnes an...

Seereschutzgruppe Kronprinz.

Im Aire-Tal und bei Bauquois östlich der Argonnen hielten Stütztrupp 17 Gefangene aus den französischen Gräben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Kiffelin, westlich von Luetz, war ein Erkundungsvorstoß für uns erfolgreich.

Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph

In den verschneiten Karpathen und im Berggelände der westlichen Moldau mehrfach rege Feuerstätigkeit und Gefechte von Streifabteilungen.

Seereschutzgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenau

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Zwischen Ohrida- und Prespa-See Sarpostenscharnikel, bei denen französische Gefangene eingebracht wurden.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, den 8. Februar. Abends.

Im Somme-Gebiet zeitweilig starkes Feuer. Bei Sailly sind Teilkämpfe im Gange. An den anderen Fronten nichts Wesentliches.

Der österreichische Bericht.

Wien, 8. Februar 1917. (B. Z. B.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ein Angriffsvorstoß des Feindes östlich des Cassin-Tales wurde bereits in seinen ersten Anfängen durch unser Feuer vereitelt.

Westlich Borozyn in feindliche Stellungen eingedrungene deutsche Stütztrupp fügten deren Befestigungen erhebliche Verluste bei und führten ohne eigene Verluste mit einigen Gefangenen zurück.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Außer kleinen für uns erfolgreichen Unternehmungen bei Tolmeina und in der Salazza (südlich Rovereto) kein Ereignis von Belang.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In der Gegend von Berat wurde ein italienischer Flugzeug durch einen patrouillierenden Gendarmen abgeschossen. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Hoefler, Feldmarschallleutnant.

Spaniens Neutralität.

Von Heinrich Cunow.

Herr Wilson findet mit seiner an die neutralen Mächte gerichteten Aufforderung, sich dem Vorgehen der Vereinigten Staaten-Regierung gegen Deutschland anzuschließen, bei den Neutralen wenig Anklang. Abgesehen von einigen mittel- und südamerikanischen Republiken erkennt man allenthalben, wie wenig die Aktion des Präsidenten der Vereinigten Staaten durch hohe Friedensideale bestimmt wird...

Das die spanische Regierung nicht auch auf diesen scharfen Protest verstanden hat, wie ihn ähnlich auch die spanischen Mächte beabsichtigen, läßt sich aus der wirtschaftlichen Lage Spaniens, aus den dortigen Parteiverhältnissen und der Entente-freundlichkeit des jetzigen spanischen Kabinetts, besonders des Ministerpräsidenten Grafen Romanones, durchaus verstehen. Niemand, der Spaniens politisches Leben einigermaßen kennt, dürfte erwarten haben, daß die jetzige spanische liberale Parteiregierung einfach die Absperrung Englands und Frankreichs durch die deutschen U-Boote als Lastsache hinnehmen und auf jegliche Gegendemonstration verzichten werde...

Oft heißt es, die Merikalen Kreise Spaniens seien jenseitig deutschfreundlich gesinnt. Das ist in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Die große Masse der Merikalen weiß recht wenig von deutschen Verhältnissen, deutscher Wissenschaft und Kultur — noch weniger als der deutsche Arbeiter, Handwerker und Bauer von Spanien. Mit Deutschland sympathisieren meist nur die akademischen Kreise der Merikalen, die freilich in manchen Gegenden auf das katholische Volk einen beträchtlichen Einfluß haben. Und selbst auf diese trifft das nicht überall zu. Unter dem höheren Klerus an der Westküste, vornehmlich Cataloniens und Valenciens, der meist nähere Beziehungen zu Südfrankreich unterhält, hat die Entente unangelegentlich Anhänger. Ferner sympathisieren mit Deutschland meist die strengen Katholiken, die im „Correo Espanol“ („Spanische Post“) ihr Organ erblicken. Ein Teil der Konservativen und schließlich ein beträchtlicher Teil der fortschrittlichen Gelehrtenwelt, die sich mit deutscher Wissenschaft beschäftigt hat, Spanien aus dem jetzigen Zustand geistiger Depression herauszuheben möchte und in dem deutschen Bildungs- und Erziehungsweisen ein Muster für Spanien erblickt.

Demgegenüber stehen jedoch die Republikaner, die durchaus zur Entente halten, und zwar fordern die extreme liberalen, stark anarchoide angefränselten Republikaner der Gruppe Ferrer, die hauptsächlich in Catalonien eine zahlreiche Anhängererschaft hat, ein direktes Eingreifen Spaniens in den Krieg zugunsten Frankreichs und Englands, während die Gruppe Soriano wohl eine gewisse Unterstützung Frankreichs nicht aber die Beteiligung Spaniens am Kriege wünscht. Ebenso stehen die drei liberalen Parteigruppen durchaus auf Seiten der Entente, wenn auch die meisten ihrer Anhänger und ihre größeren Blätter, wie der „Imparcial“ (der Unparteiische), der „Liberal“ und das „Diario Universal“ (Allgemeines Tagesblatt) die direkte Intervention ablehnen.

Eine eigenartige Stellung nimmt die freilich im ganzen recht unbedeutende sozialistische Presse, voran das Madrider Zentralorgan „El Socialista“ (Der Sozialist), ein. Sie unterstützt die Entente. Das ist durchaus begründet. Hervorgegangen aus dem bakuninischen Anarchismus, der in Spanien noch heute stärkere individualistisch-liberale Züge aufweist als anderswo, haben sich im spanischen Sozialismus manche revolutionär-anarchistische gefärbte Traditionen erhalten, die im

Räumung von Grandcourt.

In der Nacht zum 5. Februar räumten die deutschen Truppen Grandcourt planmäßig, um in eine neuangelegte Stellung östlich von Grandcourt zu gehen. In der Nacht zum 8. Februar drangen die Engländer in das drei Tage vorher geräumte Dorf ein.

Die Neutralen an Wilson.

Kein Weg für Holland.

Wie das Hooper Korrespondenzbureau meldet, hat der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten Langhorne am 4. Februar den Minister des Auswärtigen amlich vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland infolge der Wiederaufnahme des verschärften U-Boot-Krieges in Kenntnis gesetzt.

Er hatte den Auftrag, hinzuzufügen, daß der Präsident noch nicht glauben wolle, daß Deutschland tatsächlich die Drohung gegen den Handel der Neutralen durchführen werde, daß er aber, falls das geschehen sollte, den Kongreß um die Ermächtigung eruchen werde, die Rachtmittel des Landes zum Schutze der amerikanischen Bürger beim friedlichen und geschäftlichen Verkehr auf offener See zur Anwendung zu bringen. Der Präsident sei davon überzeugt, daß es dem Weltfrieden dienen würde, wenn andere neutrale Mächte in ähnlicher Weise handeln würden.

Darauf hat der Minister des Auswärtigen erwidert, daß für die Niederlande kein Anlaß bestehe, denselben Weg einzuschlagen, wie die Vereinigten Staaten, da die Haltung der Vereinigten Staaten im Gegensatz zu der der Niederlande eine Folge der bekannten früheren Verhandlungen zwischen Washington und Berlin sei.

Es ist von der Regierung der Vereinigten Staaten bei den Niederlanden kein anderer Schritt getan worden.

Erklärung der holländischen Regierung.

Amsterdam, 8. Februar. Im Namen der Regierung erklärte heute während der Sitzung der zweiten Kammer der Ministerpräsident Cort van der Linden:

„Die holländische Regierung hat im Laufe dieses Krieges gegenüber allen neu auftauchenden Schwierigkeiten ihre Haltung stets

völlig selbstständig bestimmt. Ebenso ist dies in der Frage des neu angekündigten verschärften U-Boot-Krieges geschehen. Die holländische Regierung hat sich während des Krieges unverbrüchlich an die Regeln des Völkerrechts gehalten. Was Recht ist, bleibt Recht! Bei dieser Auffassung muß es gleichgültig sein, durch wen das Recht gebrochen wird. Die Regierung hat nicht unterlassen, jedesmal, wenn den Interessen der Niederlande Abbruch getan wurde, gegen das völkerrechtswidrige Ausreten der betreffenden kriegführenden Nation aufs ernsthafteste zu protestieren. Namentlich ist die Regierung für den Grundsatz der Freiheit der Meere eingetreten. Einseitlich der Ankündigung des verschärften U-Boot-Krieges hat die Regierung sowohl gegen die Abkündigung der freien Schifffahrt, wie gegen den mit den Prinzipien des Völkerrechts nicht im Einklang stehenden Gebrauch der Tauchboote nachdrücklich in Berlin protestiert. Die Regierung hat jedoch ebenso wenig wie bei früheren Anlässen jetzt einen Grund gefunden, ihre bisher befolgte internationale Politik zu ändern. Die Regierung hält fest an einer Politik freier Neutralität, die ihr unverbrüchliche Unparteilichkeit zur Pflicht macht. Die Regierung weicht aber auch nicht von ihrem Entschlusse ab, jeder Schändung holländischen Gebietes oder der holländischen Oberhoheit mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten, von welcher Seite aus diese Verletzung auch immer erfolgen möge. Die Regierung hofft, auch die durch die neue Lage ins Leben gerufenen Schwierigkeiten mit Entschlossenheit zu beseitigen.“ (Allseitiger anhaltender Beifall.)

Norwegen gegen Wilson.

Kristiania, 7. Februar. (Wiedung des norwegischen Telegramm-Bureaus.) Die Aufforderung der amerikanischen Regierung an Norwegen, eine ähnliche Haltung wie die amerikanische gegenüber der deutschen Erklärung bezüglich des See-Krieges einzunehmen, beantwortete die norwegische Regierung dahin, daß sie nicht der Meinung sei, sich dem Schritte der Vereinigten Staaten anschließen zu können. Die Regierung fügte hinzu, es seien augenblicklich in Stockholm Verhandlungen zwischen den drei nordischen Reichen im Gange über die Stellung, die sie auf der Grundlage des Völkerrechts zu der Erklärung Deutschlands einzunehmen werden.

Kaufe der letzten Jahre nach vorübergehendem Widerstand zu einer immer engeren Anschließung des größten Teils der spanisch-sozialistischen Partei an den bürgerlich-revolutionären Republikanismus geführt haben, so daß man heute die spanische Partei gewissermaßen als Anhängel der Lerrour-Gruppe betrachten kann. Zwar plädiert auch der „Socialista“ nach außen für Aufrechterhaltung der Neutralität, gefällt sich aber in der Bezeichnung geradezu alberner Fabeln über Deutschlands Kriegführung und Kulturleben.

Die Entente hatte also von vornherein die Mehrheit der spanischen Politiker für sich; dennoch trat das zunächst nach dem Beginn des Krieges öffentlich nicht deutlich genug hervor, denn noch herrschte in den ganz oder halb liberalen Geschäftskreisen die Verstimmung über das Auftreten Frankreichs in Marokko vor, und zudem wirkte der Krieg anfangs sehr günstig auf das Geschäftsgetriebe Spaniens. Die Ausfuhr von Nahrungsmitteln, Vieh und Fabrikaten, die im Jahre 1913 nur 251, im Jahre 1914 nur 23 Millionen Pesetas betragen hatte, stieg im Jahre 1915 auf 609 Millionen Pesetas. Spaniens Industrie und Handel erlebte einen enormen Aufschwung, vornehmlich die Textil-, Wirkwaren-, Hanf- und Weinindustrie, die Leder- und Papierindustrie, die Hüttenindustrie und vor allem die Schiffsbauindustrie. Die Geschäftskreise fanden also vorerst an dem Krieg, der so gute Profite brachte, nicht allzu viel auszusetzen. Nach und nach zeigten sich aber allerlei Nachteile dieser Entwicklung. Die Preise für Lebensmittel und Industrieartikel schnellten höher und höher empor, ohne daß die ohnehin in Spanien sehr hohen Beamtenegehälter und Arbeitslöhne in gleichem Verhältnis stiegen. Die Folge waren zahlreiche große Streiks. Und dazu gestellten sich die Einfuhr von Waren nach England, Frankreich und Italien durch den deutschen und österreichischen Unterseebootskrieg, dem bald auch spanische mit Vannware beladene Schiffe zum Opfer fielen. Vor allem traten in den am Südrand und Weinhandel beteiligten Kreisen bald heftige Anklagen gegen Deutschland hervor, die von den im Dienste der Entente stehenden republikanischen und liberalen Blättern mit Begeisterung zur Stimmungsmache gegen das angeblich „Vannwarefeindliche“ Deutschland ausgenutzt wurden. Und da direkte Nachrichten kaum mehr aus Deutschland nach Spanien gelangten, blieben die jauchenden Rügen vielfach ohne Abwehr.

Solange das konservative Kabinett Dato am Ruder blieb, fanden jedoch die Bestrebungen, Spaniens Politik in den Dienst der Entente zu stellen, an Regierungsstelle keine Unterstützung. Das änderte sich, als im Mai 1916 der liberale Parteiführer Graf Romanones den Auftrag zur Bildung eines neuen Ministeriums erhielt und durchführte. Noch außen bekannte auch Romanones, das neue Kabinett halte an der Neutralität fest, tatsächlich aber nahm es eine immer „wohlwollendere“ Haltung zu den Ententebestrebungen ein. Nachdem die liberale Presse im Auftrage des Ministerpräsidenten Romanones genügend vorgearbeitet hatte, veröffentlichte am 28. Dezember 1916 das spanische Staatsministerium eine zugunsten der Entente gefärbte, mit unrichtigen Auslegungen des Secrethts arbeitende öffentliche Erklärung gegen den deutschen Unterseebootskrieg. Die Folge war, daß ein Teil der streng neutralistischen Presse sich schief gegen Romanones wandte. Man beschuldigte, nicht spanische, sondern Entente-politik zu treiben und zugleich auf einige Beteiligungen des sehr reichen Grafen an nicht ganz einwandfreien Exportgeschäften hinzuweisen.

Die Anschuldigungen erregten großes Aufsehen, zumal wohl Romanones mit polizeilichen Schritten gegen die neutralistischen Blätter vorging, deren Aufforderung aber, sie vor das Gericht zu ziehen, damit sie dort ihre Angaben über seine Beteiligung an zweifelhaften Auslandsgeschäften nachweisen könnten, völlig unbeachtet ließ. Dagegen unterbreitete er am 9. Januar dem König Alfons sein Entlassungsgesuch. Der König betraf die beiden konservativen Parteiführer Dato und Maura zu sich, da aber diese ablehnten, das Erbe des Romanones anzutreten, blieb dieser im Amt, heftig bekämpft von den streng neutralistischen Blättern wie „Correo Espanol“, „Accion“, „Racion“, „Debate“, „Tribuna“, „Dia“ (der Tag) usw., besonders aber von den eine fortschrittliche Neuorganisation Spaniens anstrebenden Blättern, wie „Espana Nueva“ (das neue Spanien) und „Abc“.

Unter diesen Umständen ist durchaus begreiflich, wenn das Kabinett Romanones zwar nicht gewagt hat, sich Wilsons Vorgehen gegen Deutschland anzuschließen, andererseits aber sich doch nicht zu versagen vermochte, einen gepfefferten Protest gegen Deutschlands Kriegführung zu stiften. Von diesem Schritt bis zur offenen Kriegserklärung ist jedoch nur ein ziemlich langer Weg — gerade in Spanien, wo Deutschland in den gebildeten Kreisen zahlreiche Freunde besitzt. Zudem steht Graf Romanones, wenn auch die Nichtannahme seines Entlassungsgesuches seine Position vorläufig wieder etwas gestärkt hat, keineswegs so fest, daß er nicht demnächst fallen könnte.

Südamerika und Sperrgebietserklärung. Absage an Wilson.

Berlin, 8. Februar. Nach hier vorliegenden Nachrichten lehnen die südamerikanischen Staaten es ab, sich dem Vorgehen Wilsons anzuschließen. Sie werden sich vermutlich mit Protesten gegen die deutsche Sperrgebietserklärungen begnügen.

Die Antwort Brasiliens wurde, wie die Agence Havas aus Rio de Janeiro meldet, dem deutschen Gesandten übermittlelt. Die Note protestiert, wie Reuter mitteilt, gegen die Verletzung des Völkerrechts, mit der Begründung, daß eine derartige Sperrgebietsklärung nicht effektiv sein könne, ein Zustand, den man nicht dulden dürfe. Des weiteren erhebt die brasilianische Regierung Einspruch von vornherein gegen jeden feindlichen Akt gegenüber brasilianischen Handelsschiffen. Für jeden solchen Akt würde die deutsche Regierung verantwortlich gemacht werden.

Die Stellungnahme Argentinienens.

Amsterdam, 8. Februar. (H. U.) Nach Telegrammen aus Buenos Aires ist die argentinische Regierung in ihrer dem deutschen Gesandten überreichten Antwort auf die Verletzung des völkerrechtlichen N-Boot-Rechts des Deutschen aus, daß Deutschland solche äußersten Maßnahmen für nötig erachtet. Die Note erklärt, daß die Regierung von Argentinien ihre Haltung wie stets von den Grundregeln des Völkerrechts abhängig machen werde.

Bolivien unterstützt die amerikanische Politik

Saeta, 8. Februar. Havas meldet aus Rio de Janeiro: Der Gesandte von Bolivien hat dem Minister des Auswärtigen Lasso Müller einen Besuch ab und erklärt ihm, daß Bolivien die amerikanische Politik vorbehaltlos unterstütze. (Zeit. 11g.)

Der amerikanische Senat für Abbruch.

Washington, 7. Februar. Der Senat hat mit 78 gegen 5 Stimmen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ratifiziert.

Der Kriegslieferant der Entente.

Vern, 7. Februar. „Gazette de Lausanne“ meldet aus Paris: Die Kaufverträge der Alliierten in den Vereinigten Staaten von Amerika, die im ersten Halbjahr 1917 auszuführen werden sollen, umfassen insgesamt 600 000 Tonnen Granatenaht (für das zweite Halbjahr sogar 800 000 Tonnen) für England, Frankreich und Italien. Außerdem bestellten diese Länder für denselben Zeitraum 100 000 Tonnen Panzerplatten, 160 000 Tonnen Schienen, 100 000 Tonnen Roheisen, 50 000 Tonnen Baueisen und 40 000 Tonnen Eisendraht.

Diese Bestellungen nehmen die Vereinigten Staaten über eine Beeinträchtigung des eigenen inneren Marktes beklagen.

Propaganda gegen den Krieg in Amerika.

Amsterdam, 8. Februar. Nach einem Telegramm des „Allgemeinen Handelsblatts“ aus London wird aus New York berichtet, daß in den Vereinigten Staaten eine große Propaganda gegen den Krieg begonnen hat. Es werden die großen Vorteile, die den Vereinigten Staaten aus der Erhaltung des Friedens erwachsen würden, geltend gemacht und alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Wilsons Erklärung, daß er die Feindseligkeiten noch abzuwenden hoffe, auszunutzen.

Erhöhte Versicherungsprämien für alle Schiffrouten.

Amsterdam, 8. Februar. Reuter meldet aus Washington vom 7. Februar: Der Schatzsekretär teilte mit, daß das Bundesversicherungsamt die Versicherungsprämie gegen Kriegsrisiko um 125 bis 300 Prozent erhöhte. Die höheren Prämien gelten für alle Schiffrouten.

Oesterreich-Ungarn und Amerika verhandeln noch.

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn bestehen noch, weil, wie gesagt wird, vor allem an amerikanischer Seite der Wunsch besteht, die letzte Brücke zu den Mittelmächten erhalten. Politische Bedeutung und politischer Erfolg der schwebenden Verhandlungen sind noch unklar. Die Freunde der Mittelmächte in den Vereinigten Staaten scheinen mit dem Bestreben zu sympathisieren, den letzten Weg zu der deutsch-österreichisch-ungarischen Mächtegruppe nicht zu versperren.

Die deutschen Interessen im feindlichen Auslande.

Die Aenderungen in der Vertretung.

Amlich, Berlin, 8. Februar. Der Schutz der deutschen Interessen im feindlichen Auslande, insoweit er bisher von den Vereinigten Staaten ausgeübt wurde, ist im allgemeinen von der Schweiz, für Rußland und auch für Ägypten von Schweden, ferner in Marokko für die französische Zone und für die Tanger-Zone von den Niederlanden übernommen worden. Die Regelung der Vertretung unserer Interessen in einzelnen Gebieten oder Orten, wo die Schweiz diese nicht übernehmen kann, bleibt vorbehalten.

Den Schutz der amerikanischen Interessen im Reich sowie den bisher von den Vereinigten Staaten wahrgenommenen Schutz der Japaner, Rumänen und Serben hat die spanische Regierung übernommen, so daß deren Vertretungen jetzt hierfür ebenso wie bereits für den Schutz der Russen, Franzosen, Belgier und Portugiesen zuständig sind. Dagegen ist die Wahrnehmung der britischen Interessen auf die niederländische Gesandtschaft und die niederländischen Konsulate übergegangen.

Die Schweiz und der verschärfte U-Boot-Krieg.

Der schweizerische Bundesrat hat in der Frage, ob gegen den verschärften U-Bootkrieg bei der deutschen Regierung eine Rechtsverwahrung einzulegen sei, nach Meldung der „Frankfurter Zeitung“ noch keinerlei Entschluß gefaßt.

Die Schweizer Einfuhrstraße nach Cetta unterbrochen.

Die Schweizer Öffentlichkeit hatte anerkennend hervorgehoben, daß die deutsche Seesperre-Erklärung den für die Schweiz überaus wichtigen Hafen Cetta blockadefrei gelassen hat. Jetzt meldet die „Tribune de Lausanne“: Infolge der Verstopfung der französischen Linien, die wahrscheinlich durch die zahlreichen Truppentransporte der letzten Zeit verursacht wurde, nahm die Eisenbahngesellschaft Paris-Vyon-Mediterranée keinen einzigen Schweizer Zug mit Bestimmung nach Cetta und Marseille an, was einen Ausfall von 12 000 bis 15 000 Tonnen Einfuhr bedeutet.

Der Krieg auf den Meeren. Verschärfte U-Boot-Leistungen.

Berlin, 8. Februar. Nichtamtlich. Ein zurückkehrendes U-Boot hat im Atlantischen Ozean zehn Schiffe mit einem Gesamttonnagegehalt von 19 000 Tonnen versenkt. — Außerdem wurden in der Nordsee versenkt ein unbekanntes englischer Dampfer von 3000 Tonnen, die englischen Fischdampfer Shamrock und Thistle, sowie je ein englischer und französischer Fischkutter.

Verwahrung in spanischen Häfen internationaler Schiffe.

Madrid, 8. Februar. Im Hafen Las Palmas bewacht der Kreuzer Catalana den Eingang der Bucht, um die Ausfahrt der internationalen österreichisch-deutschen Schiffe zu verhindern. Mein Fahrzeug kam zwischen Sonnenauf- und Untergang in den Hafen ein- oder ausfahren.

Englische Vergeltungsmaßnahmen?

Nach einer Haager Meldung der „Frankfurter Zeitung“ findet sich in den englischen Blättern eine Bekanntmachung des Auswärtigen Amtes, die auf die Verfündigung des uneingeschränkten U-Bootkrieges hin ergeht. In diesem Erlaß ist der Satz enthalten, daß die englische Regierung beschloffen habe, bei Ausführung der U-Bootbedrohungen sofort Vergeltungsmaßnahmen anzuwenden.

Keine Kohlenzufuhr mehr aus England nach Holland.

Berlin, 7. Februar. Wie wir aus guter Quelle erfahren, hat England die Kohlenzufuhr an Holland bereits vom 20. Januar ab von Bedingungen abhängig gemacht, die für Holland unannehmbar waren und die daher von der holländischen Regierung abgelehnt werden mußten. Hiernach hat England schon vor der deutschen Erklärung vom 31. Januar die Kohlenzufuhr nach Holland tatsächlich unmöglich gemacht.

Dampfer ohne Mannschaft in Cadix.

Madrid, 8. Februar. Nach hier eingetroffenen Meldungen liegen in Cadix 30 Dampfer ohne Besatzung; in Newcastle sollen 55 000 Tonnen Bunkerkohle lagern, die täglich auf Abtransport warten.

Ein norwegischer Dampfer nach England.

Kopenhagen, 7. Februar. „Politiken“ meldet aus Göteborg: Als erster skandinavischer Dampfer ist nach der neuen deutschen Seesperreerklärung gefahren der norwegische Dampfer Ryttaar von hier nach England abgegangen.

Schwedens Versorgung mit deutschen Kohlen

Stockholm, 8. Februar. Die schwedische Regierung hat an alle Behörden die erste Mahnung ergehen lassen, mit Kohlen und Del zu sparen.

Nach Stockholm „Tidningen“ sind die Kohlenvorräte in Schweden keineswegs gering, doch will man beizeiten einem etwaigen Mangel zuvorkommen. In den letzten Tagen sind große Ladungen Kohlen aus Deutschland angekommen.

Italienische Schiffsaufläufe.

Genau, 8. Februar. Italien gibt weiter die Kiefensumme von 180 Millionen Lire zum Ankauf und zur Riele ausländischer Schiffe aus.

Versenkt.

Romeo, (114 T.), englisches Fischfahrzeug. (Lohndmeldung.) Ferruccio, englischer Dampfer. (Lohndmeldung.) Anonymus, englisches Fischfahrzeug. (Havadmeldung.) Crown Point (5218 T.), englischer Dampfer. (Havas.) Vestra (1021 T.), englischer Dampfer. (Havas.) Azul (3074 T.), englischer Dampfer. (Havas.) Sagou Briton (1887 T.), englischer Dampfer. (Havas.) Primavera (118 T.), englisches Fischfahrzeug. (Havas.) Rome (163 T.), französisches Fischfahrzeug. (Havas.) Lorton (1419 T.), peruanische Carl. (Havas.) Sylvic (2500 T.), französischer Dampfer. Verlegung in Marseille gelandet. („Tempo“.) Rinal, norwegischer Dampfer, auf der Fahrt von Rotterdam nach England, fünf Meilen nordwestlich vom Leuchtschiff Nordbinder, 24 Mann der Besatzung unbetunden auf das Leuchtschiff gebracht. (Haager Korresp. Bureau.) — Dazu wird uns mitgeteilt, daß das Schiff versenkt hatte, das Sperrgebiet zu durchfahren und daß es mehrmals vergeblich gewarnt worden war.

Schiffraum-Gezerrung.

Berlin, 8. Februar. (H. U. V.) Ein neues Beispiel der Vergeßlichkeit der neutralen Schifffahrt durch England gibt der Bericht des Kommandanten eines unserer dieser Tage von einer Unternehmung zurückgekehrten U-Bootes. Das U-Boot hatte Anfang Januar einen auf der Reise von Buenos-Aires über Palmouth nach Amsterdam bestimmten holländischen Dampfer angehalten, der unter anderem auch eine für die englische Regierung bestimmte Ladung von 15 000 Kisten Tomaten und Bananen im Werte von 500 000 M. an Bord hatte. Diese Ladung wurde als Vannware auf Befehl des U-Boot-Kommandanten über Bord geworfen. Bei diesem Anlaß erklärte der Kapitän des Dampfers, daß er diese Ladung gegen seinen Willen in einem neutralen Hafen habe an Bord nehmen müssen, weil er sonst keine Kohlen erhalten hätte. Auch seine Besatzung habe sich volle zwei Tage geweigert, die Vannware an Bord zu nehmen, weil nach dem Heuterkontrakt der Dampfer keine Vannware führen dürfe.

Auf Nordseeminen gelauten.

Kristiania, 8. Februar. Wie die Gerichten vom nordwestlichen Dampfer Argo, der eine Lagerreise von Hull am 28. Januar auf eine Mine gelauten ist, ausgelegt haben, sind an demselben Vormittag sechs englische Dampfer an derselben Stelle in die Luft geflogen. Die Minen wären deutsche gewesen und in der Nacht vorher ausgelegt worden.

Angespülte Nordseeminen.

Hong, 7. Februar. Im Januar wurden 287 Minen an der niederländischen Küste angespült, davon 230 englischen, eine deutschen und 5 unbekanntem Ursprungs. Seit Beginn des Krieges wurden angespült: 1220 englische, 60 französische, 258 deutsche Minen und 326 Minen unbekanntem Ursprungs.

Englische Bombenstreifen nach Brügge.

London, 6. Februar. Die Admiralität gibt bekannt: Marineflugzeuge unternahmen am 2. Februar eine Streife gegen den Hafen von Brügge. Es wurden zahlreiche schwere Bomben auf den Torpedoboothafen geworfen. Gebäude und Docks wurden in Brand gesetzt. Die Flieger hatten infolge der starken Kälte mit beträchtlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Eine andere erfolgreiche Bombenstreife wurde in der folgenden Nacht unternommen. Es wurde beobachtet, daß die Bomben die Docks und Eisenbahnstrecken beschädigten. Alle Flieger und Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Von amtlicher Stelle wird zur Meldung der britischen Admiralität festgestellt, daß bei den erwähnten Fliegerangriffen gegen den Hafen von Brügge außer einem leeren Schuppen weder irgendein Gebäude noch Docks in Brand gesteckt worden sind; auch sind keine Eisenbahnstrecken beschädigt. Von unseren Fahrzeugen im Hafen ist keines getroffen worden.

Debatte über die englische Thronrede.

Asquith und Bonar Law.

London, 7. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Unterhaus. Bei der Beratung über die Beantwortung der Thronrede hielt Asquith als Führer der liberalen Partei eine Rede, in der er erklärte, es dürfe sich keine Stimme eines Gegners aus persönlichen, parteilichen oder kleinlichen Gründen hörend vernehmen lassen. Asquith kennzeichnete Deutschlands jüngste Politik als eine Politik unverhüllter Wildheit und als eine Kriegserklärung gegen die Neutralität.

In seiner Antwort sagte Bonar Law, Asquiths Rede sei das bestmögliche Zeugnis für die Einigkeit des Landes in dem großen Kampfe. Seine Schlussworte gäben, so gut wie Worte es nur vermöchten, die Meinung des Landes bezüglich der Gerechtigkeit der eigenen Sache und den Anteil wieder, den, wie England hoffe, die Neutralen in dem Kampfe übernehmen würden, deren Rechte ebenso sehr wie die englischen in Frage gestellt worden seien.

In Beantwortung einer von Asquith bezüglich der Schiffahrt gestellten Anfrage erklärte Bonar Law, die Handelschiffe würden mehr und mehr der Regierung unbedingt zur Verfügung gestellt werden in der gleichen Weise wie zu einem früheren Termin die Eisenbahnen. Alles Mögliche werde getan, um die durch den U-Boot-Krieg gefährdeten Schiffe zu ersetzen. Die Beherrschung der See über der Oberfläche sei vollständiger als in irgendeinem Krieg vorher; um der U-Boot-Gefahr zu begegnen, müßten aber neue Maßnahmen erdacht werden. Deutschland habe keine Aussicht, das Land auszubütern.

Bonar Law gab dann einen Überblick über die militärische Lage, die er als an allen Fronten gut bezeichnete. Er feierte die Fortschritte der Russen bei Riga und die „vielleicht geringeren“ in der Bukowina und sagte dann von Rumänien:

„Das Uebernehmen Rumäniens war ein schreckliches weiteres politisches Unglück für die Alliierten, aber es ist kein militärischer Gewinn für unsere deutschen Feinde; sie haben die Ziele nicht erreicht, nach denen sie streben; sie haben schwere Verluste erlitten und sind um so viel weniger als sonst imstande, die Anstrengung auszuhalten, die ihnen an anderen Fronten aufzulegen werden wird, wenn die Jahreszeit vorrückt. Es sind alle Anzeichen vorhanden, daß dort namentlich der Tätigkeit britischer Offiziere ein großer Teil des Erfolges, das die Deutschen in Rumänien zu erbeuten hofften, gesichert worden ist, und wir haben Grund zu glauben, daß die Petroleumquellen in wissenschaftlicher und erfolgreicher Weise vertrieben worden sind.“

Bonar Law sprach weiter von der Säuberung der Sinaihalbinsel, von der Wiederherstellung der Lage in Mesopotamien, der Eroberung Ostafrikas, die so gut wie vollendet sei. Die letzte Station erzielte die Expedition des Deutschen Kaisers. Von den Operationen in Frankreich sagte der Minister, die Streifen gegen die Deutschen seien seit unterschiedlos erfolgreich gewesen und bewiesen das moralische Uebergewicht der Verbündeten. Bonar Law schloß:

„Ich habe kürzlich jemand sagen hören, dieser Krieg habe offenbar gemacht, daß es zwei verschiedene Dinge gebe, nämlich die Natur der Menschen und die Natur der Deutschen. In seiner letzten Rede hat der deutsche Reichskanzler gesagt: Wenn die rücksichtslosesten Methoden als zweckdienlichste zur Erreichung des Sieges und eines schnellen Sieges anzusehen sind, so müssen sie angewandt werden. Da haben Sie die Natur der Deutschen. Wir haben sie schon vorher bei dem Einfall in Belgien und den anderen Grausamkeiten dieses Krieges gesehen. Hier hören wir es unerschrocken ausgesprochen, daß die wahre Menschlichkeit darin besteht, alle Haager Uebereinkünfte und alle bisher gemachten Bemühungen zur Herabminderung der Kriegsschrecken zu mißachten und dafür jedes Verfahren anzuwenden, welches ihrer Meinung nach den Sieg sichern wird.“

Der Rücktritt Protopopows?

Die immer noch jähelnde Ministerkrise in Rußland scheint wieder ein akutes Stadium erreicht zu haben. Wilde Nachrichten der letzten Tage deuten das an. Daß Solihin an Rücktritt denke, wird wiederholt angedeutet, und zugleich wurde die Möglichkeit der Rückkehr Trepows und Stoianows angedeutet. Heute bringt eine Mitteilung des „Pariser Journal“ die Hofschaff. Protopopow, der Minister des Innern, der in den letzten Monaten der Krise fast als ein unerlöschlich stehender Fels erschien, an dem sogar ein Trepow gescheitert, sei zurückgetreten. Dieser Rücktritt würde im Gedränge der fast unzählbar vielen, die in letzter Zeit im russischen Ministerium als Berater und als Kandidaten gekommen, genannt und gegangen sind, wirklich einmal ein Ereignis sein.

In welcher Richtung sich in letzter Zeit die Rufen um die Kabinettbildung bewegt haben, ging dieser Tage aus einer Meldung des „Ulro Kossij“ hervor, welches Blatt aus angeblich durchaus zuverlässiger Quelle wissen wollte, daß Graf Bobrinski bereits vom Zaren den Auftrag erhalten habe, ein neues Ministerium zu bilden. Dieser habe jedoch die Bedingung gestellt, daß ihm das Recht erleierte werde, ein Koalitionsministerium zu bilden. Der Zar habe hierauf nicht eingehen wollen, worauf Graf Bobrinski den Auftrag abgelehnt habe.

„Nietich“ zufolge arbeiteten verschiedene russische Kreise für die Bildung eines Geschäftsministeriums. Die Regierung beschaffte sich mit dem Vorschlag, daß, um den häufigen Ministerveränderungen entgegen zu wirken, ein Ministerium mindestens ein Jahr im Amt bleiben müsse, Ministerveränderungen könnten nur beim Jahreswechsel stattfinden. Im Laufe des Jahres könnten in den einzelnen Ministerien Wechsel nur dann erfolgen, wenn besondere Gründe vorliegen und der Ministerpräsident seine Zustimmung erteile.

Die Idee einer solchen Regelung der Ministerchaften nach dem Kalender ist eine bissige Satire auf ein Regierungssystem, das nichts wissen will von der Abhängigkeit seiner Maßnahmen von jener politischen Wirklichkeit, in der dem Willen der Volksklassen bestimmende Gewalt eingeräumt werden muß, wenn die Entwicklung sich vernünftig vollziehen soll.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Großadmiral der österreichisch-ungarischen Flotte Anton Saus ist an den Folgen einer Lungenerkrankung gestorben.

Die „Continental Times“ teilt laut S. P. mit, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika das Weitergehen genannten Staates nicht hindern werde.

Politische Uebersicht.

Graf, Bauern und Kartoffeln.

Im „Tag“ schildert der Wirkliche Geheimrat C. A. Graf Raspoth, Mitglied des Herrenhauses, die verschiedenen Phasen unserer Kartoffeltragödie und bekennt bei dieser Gelegenheit:

Der kleine Mann verfiel nun nach Möglichkeit seine Vorräte. Er riskiert eine Kruppe, und wenn er selbst dafür ein paar Wochen brummen müßte, verliert er deshalb bei feinesgleichen noch lange nicht Ehre und Reputation, während untereins als Reserveoffizier den schlichten Abschied bekommt und nach Amerika auszuwandern kann.

Graf Raspoth macht dann den Vorschlag, jeder Lieferant sollte von 10 000 Zentnern Kartoffeln 1000 Zentner als Saatkartoffeln (also zu erheblich höherem Preis) verkaufen dürfen, und fährt dann fort:

Da würde so mancher Pöbel Kartoffeln zum Vorschein gekommen sein, der jetzt in der Hoffnung, daß er im Frühjahr 3 bis 6 Mark pro Zentner mehr bringen würde, nach Möglichkeit verheimlicht wird.

Was sagt der Bund der Landwirte zu dieser Schilderung ländlicher Verhältnisse und des eigenartigen Standesunterschiedes auf dem Lande? Wir wollen nicht „verallgemeinern“, aber wenn Graf Raspoth die sittlichen Auffassungen des „kleinen Mannes“ richtig schilderte, und wenn er recht hätte mit der Behauptung, daß sich die Großgrundbesitzer nur aus Angst um den Reserveoffizier zu einer höheren Moral befehlen, so würde das zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land kaum beitragen.

Auf Grundlage der Leistungen.

Die konservative Presse findet nach und nach die Sprache wieder. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ wendet sich jetzt auch die „Kreuzzeitung“ gegen den Aufsatz Dr. Meines des in den „Annalen für soziale Politik und Staatswissenschaft“, in dem der bekannte Historiker die sofortige Reform des preussischen Wahlrechts fordert. Aus ihrer Polemik mit ein einziger Satz:

Das preussische Wahlrecht, das doch auf der gesunden Grundlage der Leistungen für den Staat aufgebaut ist, wird einfach als ein Unrecht an denen empfunden, die infolge ihrer geringeren Leistungen auch ein geringeres Wahlrecht haben, und aus dieser Empfindung heraus soll der Sozialdemokrat gewissermaßen als Lohn dafür, daß sie ihr Volk in seinem Kampfe um sein Votum nicht im Stiche gelassen haben, ein Wahlrecht nach ihren Wünschen gutwillig werden.

Auf Grundlage der Leistungen für den Staat! — Nach zweieinhalbjährigem Krieg wagt man also noch, die Leistung für den Staat nach dem Geldsatz abzuschätzen, ohne schamrot zu werden! Die draußen vor dem Feinde liegen und tagtäglich ihr Leben für das Wohl des Landes in die Schanze schlagen, das sind die Leute, die nach Ansicht der „Kreuzzeitung“ „infolge ihrer geringeren Leistungen auch ein geringeres Wahlrecht haben.“ Die Millionen schlichter soldatgrauer Helben draußen müssen diesen Satz als einen in ihr Gesicht gezielten Schlag empfinden.

Der Anti-Europäer.

Der deutsche Gesandte in Sofia, Graf Oberndorff, hat bei der Kaisers-Geburtstagsfeier der deutschen Kolonie in Sofia eine Ansprache gehalten und darin auch einige Worte des Bedauerns über die europäische Selbstzerfleischung gesprochen. So sprach er von dem „armen Europa“, über das die Greuel des Krieges noch immer in ungedroherer Wut rafen, von dem „unseligen Bruderkrieg“ und warf mit Hinsicht auf die Ablehnung des deutschen Friedensangebots die Frage auf: „Wie lange soll es währen, bis sich das menschliche, das vernünftige, das europäische Gefühl endlich durchdringt.“

Jeder Kultur Mensch wird in diesen Worten nur den selbstverständlichen Ausdruck eines allgemeinen Gefühls erblicken. Der alldenkliche Graf Reventlow aber gerät durch sie in einen Wutausbruch und fällt in einem toben den Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“ über den Grafen Oberndorff her. Er findet die Ausdruckweise des Gesandten „armoyant“ (ei, ei, wach Fremdwort!), der Ausdruck „Bruderkrieg“ dünkt ihm erstaunlich. Der Bulgare sehe weder Rumänen, noch Serben, noch Russen als seine Brüder an, noch dünkte er an das „arme Europa“.

Darüber hinaus gibt Graf Oberndorff dem bulgarischen Volke eine ganz unrichtige Auffassung von dem Gefühle, welches die erdrückende Wehrheit des deutschen Volkes in Beziehung auf diesen Krieg erfüllt. „Europa“ und „die Welt“ oder die „Menschheit“ sind und in diesem Augenblicke völlig gleichgültig. Sie haben keine Begriffe, die höchstens schädlich wirken können, indem sie als Fettsche für gewisse Phantasien fungieren und damit die Erkenntnis der harten Wirklichkeit und den Siegeswillen schwächen.

Es ist gut, daß die Menschheit nun wenigstens weiß, daß sie abgeschafft ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ und Graf Reventlow pflegen bei anderen Gelegenheiten ihr „positives Christentum“ stark hervorzuheben. Es wäre doch interessant, einmal zu erfahren, wie sie die Aufhebung des Menschheitsbegriffs mit ihrer christlichen Weltanschauung vereinbaren.

Die bayerischen Malzschiedungen.

München, 8. Februar. Im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer gab Kriegsminister v. Hellingrath eine Schilderung der Entwicklung der Malzschiedungen, der zu entnehmen ist, daß die beschuldigten Personen sich freiwillig bei der Verteilungskasse gemeldet hätten. Das Generalkommando hätte die Verhängung unzureichender Strafen durch die Gerichte befürchtet. Die massenhafte Malzausfuhr habe die Lage der bayerischen Volksernährung verschlechtert. Den guten Willen des stellvertretenden Generalkommandos des 1. Armeekorps erkenne er an, er wisse aber die Unterlassung einer Anzeige beim Staatsanwalt aufs Schärfste bedauern.

Verkehrsminister v. Seidlitz bestritt, daß der Verkehrsverwaltung irgendwelche Unterlassungen vorgehalten werden könnten. — Im weiteren Verlauf der Erörterungen befiel der Minister des Innern v. Dreitzsch mit, daß die an den Malzschiedungen beteiligten gewesenen Kommissare abgesetzt worden seien und daß eine außergerichtliche Erledigung der Angelegenheit unmöglich sei.

Bundesratsarbeit. In der Bundesratsitzung vom Donnerstag gelangten zur Annahme der Entwurf einer Bekanntmachung wegen Anwendung der Vertragsstrafe auf Waren aus Rumänien, der Entwurf einer Bekanntmachung wegen Besserleistungen für Arbeitszeugnisse der in der Schweiz untergebrachten deutschen Gefangenen, der Entwurf einer Bekanntmachung über den Postungsverkehr mit dem Ausland, der Entwurf einer Bekanntmachung über Goldpreise, der Entwurf einer Bekanntmachung über Aktienhandel in Regalien und Regalierpapieren usw., der Entwurf einer

Bekanntmachung über den Ausschluß der Deffenlichkeit für Patente und Gebrauchsmuster, der Entwurf einer Bekanntmachung zum Schutze von Kriegsgewandten und der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Entschädigung für Verhaltung oder Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes.

Landtagsersatzwahl. Bei der durch den Tod des Abg. Grafen Gaxra notwendig gewordenen Landtagsersatzwahl in Kreis-Land ist der konterobore Kandidat, Oberregierungsrat o. D. v. Liere's-Kaitowij gewählt.

Zur Bestrafung. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung vom 5. Februar 1917 über die Verwendung von Rüben bei der Bereitung von Roggenbrot. Danach können zur Bereitung von Roggenbrot statt Kartoffeln Rüben, mit Ausnahme von Zuckerrüben verwendet werden. Dabei entsprechen 100 Gewichtsteile Trodenrüben 100 Gewichtsteilen Kartoffelknollen und 100 Gewichtsteile süßer Rüben, 50 Gewichtsteilen gequetschter oder geriebener Kartoffeln.

Ein preussisches Landes-Zuckeramt. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung, wonach für den Preussischen Staat als besondere Vermittlungsstelle zwischen der Reichs-Zuckerstelle und den Kommunalbehörden ein Landes-Zuckeramt errichtet wird. Dieses hat seinen Sitz in Berlin. Die Aufsicht führt der Minister des Innern.

Kaufmangel in Sachsen. Dem sächsischen Landtage wird ein Gesetzentwurf über ein Nothentgelt in Sachsen zugehen. Das Gesetz bedeutet einen einschneidenden Eingriff in die Vergelegenheit Sachsens. Einzelheiten über den Gesetzentwurf sind noch nicht bekannt.

Letzte Nachrichten.

Kohlrübenhebung.

Berlin, 8. Februar. Vom Polizeipräsidenten ergoht die Aufforderung an alle öffentlich-rechtlichen Körperchaften und Verbände, alle Landwirtschafte und gewerblichen Unternehmen, in deren Betrieben Kohlrüben geerntet und verarbeitet werden und alle diejenigen, die Kohlrüben aus Anlaß ihres Handelsbetriebes oder sonst des Erwerbes wegen in Gewahrsam haben, kaufen oder verkaufen, diejenigen Mengen Kohlrüben (Stückrüben, Bruden, Bodenkohlrüben), die sich am 10. Februar 1917 in ihrem Besitz befinden, spätestens bis zum 12. d. M. dem Polizeipräsidenten schriftlich nach Gewicht anzuzeigen, wobei auch Mengen unter 1 Zentner aufzuführen sind.

Unterlassen der Anzeige und falsche Angaben sind mit Strafe bedroht.

52 000 Tonnen in 24 Stunden vernichtet.

Bern, 8. Februar. Der Londoner Mitarbeiter des „Secolo“ drahtet unterm 7. Februar, in den letzten 24 Stunden seien 52 000 Tonnen Schiffsraum verloren gegangen. Die Ersolge seien um so bedauerlicher, als zwei Ueberseebampfer, Part Abelaide (8181 Tonnen) und Floridian (4777 Tonnen) dem U-Boot-Krieg zum Opfer fielen.

London, 8. Februar. (Reutersmeldung.) Der britische Passagierdampfer California wurde von einem deutschen U-Boot versenkt. Besatzung und Passagiere zählten zusammen 205 Personen. 28 Mann der Besatzung und drei Passagiere sind ertrunken. Vier Personen wurden durch die Explosion getötet. Die Ueberlebenden sagen, daß keine Warnung gegeben wurde.

Die beschädigten deutschen und österreichischen Schiffe.

London, 8. Februar. „Times“ berichtet aus Washington: Während aus New York gemeldet wird, daß nach einer offiziellen Untersuchung die Vaterland und die anderen großen Schiffe nicht vernichtet seien, berichtet man aus Washington, daß die meisten deutschen und österreichischen Schiffe nicht unwiederbringlich beschädigt seien, wohl aber so gelitten hätten, daß sie vorläufig nicht benutzt werden könnten.

„World“ teilt mit, daß Beschädigungen durch das Wegschaffen der bedeutendsten Unterteile der Maschinen ausgeführt wurden, so daß die Maschinen im Falle des Friedens repariert werden können. Keines der großen Schiffe könne jedenfalls vor Ablauf von sechs Monaten seetüchtig sein.

Ein verträumter Attentäter.

Budapest, 8. Februar. Der Urheber des Revolveranschlags im Parlament gab bei dem Verhör an, Georg Sasafalvi zu heißen und Schiefenboder zu sein. Er sei betrunken gewesen, auf der Galerie vor dem Eingang eingeschlafen und habe geträumt, da er 18 Monate im Gefängnis gewesen sei, er sehe auf Pösten und werde vom Feinde angegriffen. Er habe nach dem Revolver gegriffen und geschossen. Es wurde festgestellt, daß der Mann tatsächlich betrunken war. Nach dem Verhör verfiel er in tiefen Schlaf, aus dem er erst nach einigen Stunden erwachte.

Verrent.

Bern, 8. Februar. „Matin“ zufolge trafen in Gant 80 Mann der Besatzung des versenkten Dampfers Bisays ein.

London, 8. Februar. „Lloyd's“ meldet, daß der englische Dampfer Lorins (1830 Tonnen) von einem deutschen U-Boot versenkt wurde; die Besatzung wurde gerettet. Der norwegische Dampfer Songels wurde versenkt; die Besatzung wurde gerettet. Der englische Dampfer Pallistide (2682 Tonnen) wurde versenkt; die Kapitan wurde gerettet, die Besatzung wurde in einem Boote zurückgelassen. Der englische Dampfer Dauntich (2157 Tonnen) wurde versenkt; von 23 Mann der Besatzung wurden sechs gelandet, wovon früher zwei Personen gestorben sind.

London, 7. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Von der Besatzung des, wie man glaubt, versenkten belgischen Unternehmungsschiffes Lars Kruse ist nur ein Mann am Leben geblieben. Wie Lloyd's meldet, wurde der Dampfer Corican Prince (2776 Brutto-Registertonnen) heute morgen versenkt. Ein Teil der Besatzung wurde gelandet.

Der Kafferdampfer Barana.

London, 8. Februar. (W. T. S.) „Times“ meldet aus Rio de Janeiro vom 7., daß der brasilianische Dampfer Barana mit 95 000 Säcken Kaffee seine Kreise verhalten hat, bis man weiß, ob Letzter, daß Deutschland für die Einfuhr nach der Schweiz angewiesen hat, außerhalb des Sperrgebietes liegt. Die Kaffee, denen der Dampfer führt, besitzen eine große Flotte von Schiffen, die regelmäßig nach Havre fahren; sie haben bisher nie Schwierigkeiten mit U-Booten gehabt.

Ein Sinnfeiner ins Unterhaus gewählt.

Rotterdam, 8. Februar. Dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ wird von seinem Londoner Korrespondenten berichtet, daß der in dem irischen Bezirk Nord-Mosconunon gewählte Kandidat Blunkett ein Sinnfeiner ist. Disher war der Divisur durch einen Rationalisten vertreten, der als einziger Kandidat aufgestellt worden war. Blunkett wird, entsprechend einem Gelübnis an seine Partei, seinen Sitz im Unterhause nicht einnehmen.

Gewerkschaftliches.

Keine Gelben in den Ausschüssen des Hilfsdienstgesetzes.

In unserer gestrigen Notiz über die Gelben als Arbeitervertreter im Hilfsdienstgesetz hatten wir u. a. mitgeteilt, daß in die nach § 7 und 9 des Hilfsdienstgesetzes zu berufenden Ausschüsse in einigen Fällen auch schon Gelbe vertreten sind. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wollen wir ergänzend mitteilen, daß es sich in diesen Fällen nur um Vertretungen in den bis zum 1. Februar bestehenden provisorischen Ausschüssen handelt. In den nach dem 1. Februar einzusetzenden Ausschüssen, die auf Grund der von den vereinigten Gewerkschaftsorganisationen eingereichten Listen vom Kriegsamt ernannt werden, sind Gelbe nicht vertreten.

Deutsches Reich.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren im Jahre 1916.

Auch im Kriegsjahre 1916 hat der Verband verhältnismäßig ziemlich gut abgekommen, wenn auch seine Mitgliederzahl naturgemäß weiter zurückgegangen ist. Die Jahreshdurchschnittszahlen betragen 1916 an männlichen Mitgliedern 6006, weiblichen 2245, zusammen 8250; 1915 betragen sie 8188 und 2645, zusammen 10 833, so daß im Jahresdurchschnitt ein Mitgliederverlust von 2183 männlichen, 400 weiblichen, zusammen 2583, eingetreten ist. Am Jahresende war gegen seinen Anfang über der Unterschied bei den männlichen nur 1888, bei den weiblichen 288, zusammen 1926. Außer durch Einziehungen waren durch Austritte keine Verluste von männlichen Mitgliedern zu verzeichnen.

Die Agitationsstätigkeit brachte im Laufe des Jahres immer noch Erfolge, obgleich von den in Friedenszeiten circa 100 000 Gehilfen im ganzen Lande heute kaum noch 18 000 gezählt werden. Am geringsten war der Erfolg der Werbetätigkeit in der Südwirtschaft, weil dort infolge weitgehender Betriebsbeschränkungen der Beschäftigungsgrad immer mehr zurückging. Aus diesen Ursachen resultiert auch der bedauerliche Rückgang der weiblichen Mitglieder. Aufnahmen wurden im ganzen noch 8997 gemacht. Der Kassenbestand war am Ende 1916 um 8689 M. geringer als zu Beginn des Jahres, sicher ein gutes Ergebnis angesichts des Umstandes, daß zu Weihnachten wieder die Summe von 40 456 M. allein für die Frauen der eingezogenen Mitglieder ausgegeben wurde. An Unterstützungen wurden insgesamt ausgegeben 122 047 M., die Hauptposten sind die schon genannte Weihnachtsgeldunterstützung, ferner die Familienunterstützung in Höhe von 28 754 M., Krankenunterstützung mit 29 783 M., Arbeitslosenunterstützung mit 13 036 M.

Streiks fanden im Berichtsjahre nicht statt. Ein Anzoch Lohn- und Tarifbewegungen brachten einige Erfolge. In 120 Betrieben waren 350 Kollegen an den Bewegungen beteiligt. Die am Jahresabschluss bestehenden 286 Tarife verteilten sich auf 254 Bäcker- und Konditorenbetriebe, 18 Schokoladen- und Puderwarenfabriken, drei See- und Honigkuchenbäckereien und 10 Kaffee-, Boffel- und Zwiebackbetriebe. Ein großer Teil der Verbandstätigkeit war auf die Erlangung von Zeuerungszulagen gerichtet. Weiter erstreckte sich der Kampf auf ein dauerndes Nachtbrotverbot und für die Erweiterung der Sonntagsruhe, die die Verbandslitung und die Bäcker fortgesetzt in Bewegung hielt. Leider haben auch heute noch die alten Gegner des Nachtbrotverbots ihren Widerstand nicht völlig lassen können, sondern verhalten sich fortgesetzt auf Scheitern gegen anzuflutenden. Die Organisation hofft jedoch im neuen Jahre auf die rückwärtslose Unterstützung ihres Kampfes durch alle Glieder der Arbeiterbewegung.

Berlin und Umgegend.

An die Möbelpolierer und Weizer!

Von der Brandenleitung der genannten Verufe (Zahlstelle Berlin des Holzarbeiterverbandes) geht uns nachfolgender Aufruf mit der Bitte um Berücksichtigung zu:

Sobald der Friede die wirtschaftliche Sicherung gebracht hat, müssen auch unsere Kollegen und Kolleginnen allerorts fest zusammenstehen, um ihr Leben wieder besser gestalten zu können. Auch sie müssen wirtschaftliche Sicherung fordern. Leider fehlt unserer Branche ein tariflich festgelegter Grundlohn, auf dem sich bei jeder Vertragsverneuerung weiterbauen ließe. Auch der weiblichen Kollegen sowie der jungen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, die uns der Krieg in immer größerer Zahl beiseite, muß bei zukünftigen Vertragsabschlüssen in besonderer Gedacht werden. Darum beschäftigte sich die Brandenleitung in ihren letzten Sitzungen ganz besonders mit diesen Gegenständen. Es wird zuerst an die Kollegen Groß-Berlins eine Umfrage ergehen, um über die Verhältnisse in der Branche eine genaue Übersicht zu gewinnen. Es werden Fragebogen an die einzelnen Werkstätten ergehen, auf denen die Kollegen um Auskunft gebeten werden über die Art der Arbeit, die Zahl der im Betriebe Beschäftigten, ob junge Kollegen und Kolleginnen unter 17 Jahren beschäftigt werden, im weiteren über Arbeitszeit, Verdiensthöhe, Verbandszugehörigkeit usw. Später wird sich diese Umfrage auch auf die Gegend im ganzen Reich erstrecken. Um nun all diese Fragen schnell und gewissenhaft beantwortet zu erhalten, bedarf es der Mithilfe aller Kollegen. Zumal in den größeren Betrieben, wo die Kollegen oft voneinander räumlich getrennt arbeiten, dürfen sie sich nicht fremd gegenübersehen. Es muß einer über des anderen Arbeitsbedingungen genau unterrichtet sein. Und im ganz besonderen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Unorganisierten sowie der weiblichen und jungen Kollegen, so daß in den Verhandlungen wahrheitsgemäße Angaben über den ganzen Betrieb gemacht werden können. Also, Kollegen, folgt dem Anfe der Kommission, denn nur mit Eurer Hilfe wird es uns möglich sein, bei zukünftigen Vertragsverhandlungen vorteilhafte Bedingungen für unsere Branche festzulegen.

Die Brandenleitung.

Aus Industrie und Handel.

Die Syndizierung der B-Produkte.

Im Stahlwerkverbande sind nur die Eisen- und Stahlprodukte syndiziert, in denen es nicht viele Dupen gibt, so Eisenbahn-Oberbaumaterial, Halbzeug und Formeisen. Nähren, Meße, Drähte unterlagen vor dem Kriege dem freien Wettbewerb. Im Kriege sind Verkaufvereinbarungen geschaffen worden, denen besonders die Regelung und Verteilung der Ausfuhr nach dem Auslande obliegt. Das Streben geht nun dahin, auch für die nichtsyndizierten sogenannten B-Produkte — die im Stahlwerkverband kartellierten Produkte werden A-Produkte genannt — auch zu syndizieren. Das erste Interesse daran hat das Reich, das bisher bereits die Preisentwicklung in der Eisenindustrie kontrolliert und nun nach einem unmittelbaren Einflusse auf die Produktionsverteilung strebt. Damit wird an die wichtigsten Probleme der Eisenindustrie gerührt. Die großen Werke waren zwar mit der Syndizierung der Stahlwerkprodukt einverstanden, die ihnen für diese Produktionsgüter hohe Gewinne sicherte, wehrten sich aber gegen die Uebertragung des Kartellgedankens auf die B-Produkte. In diesem Teil der Produktion wollten sie von allen Demungen frei nach Lieben produzieren und selbst unter den Selbstkosten verkaufen, um nur ihre Werke in vollen Gang zu erhalten. In immer höherem Grade wandten sie sich der weiterverarbeitenden Eisenindustrie zu. Im Jahre 1906 wurden durch den Stahlwerkverband 81,81 Prozent der ganzen deutschen Hochofenerzeugung verkauft, im Jahre 1913 83,47 Prozent und im Jahre 1916 gar nur 20 Prozent. Doch muß berücksichtigt werden, daß der Krieg der Erzeugung der A-Produkte nicht günstig und um so förderlicher der der B-Produkte gewesen ist. Aber die Verhältnisse haben sich doch so weit entwickelt, daß die

großen Werke auf das Bestehen des Stahlwerkverbandes kein allzu großes Gewicht mehr legen, während die kleinen Werke in der Kartellierung die Rettung vor dem übermächtigen Wettbewerb der ganz Großen sehen. Das Berliner Tageblatt spricht sich zwar für eine Regelung in der Erzeugung der B-Produkte während des Krieges und des Uebergangsstadiums aus, will aber eine dauernde Bindung der Eisenindustrie auch für die normalen Friedensjahre vermieden wissen.

Das Problem wird noch dadurch kompliziert, daß die großen Werke auch eigene Kohlenzweigen verfügen. Da das Kohlen-syndikat hohe Preise verbürgt, so können sie um so leichter in den B-Produkten schleudern. Stahlwerkverband und Kohlen-syndikat, die die Preise für einen sehr großen Teil ihrer Erzeugung stützen, erlauben ihnen einen um so rücksichtsloseren Wettbewerb in anderen Produktionszweigen. Das Problem ist deshalb so schwierig, weil die Bildung ganz großer Unternehmen mit weitgehender Selbstverarbeitend ihrer Rohproduktion im Interesse des technischen Fortschrittes liegt, aber andererseits die Zusammenballung einer ungeheuren wirtschaftlichen und auch politischen Macht in den Händen ganz weniger Privatpersonen begünstigt. Außerdem fallen die kleineren und mittleren Werke, auch wenn sie an sich ganz respectable Unternehmen darstellen, dem schrankenlosen Ausdehnungsstreben der überlegenen Konkurrenten zum Opfer, was allerdings technisch und volkswirtschaftlich kein Nachteil sein muß.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Metropol-Theater-Alt.-Ges. hat 1916 einen neuen Verlust von 242 674 M. ausgewiesen, so daß sich eine Unterbilanz von 475 933 M. im ganzen ergibt. Die Gesellschaft hofft aber, daß die Unterbilanz im laufenden Jahre infolge Besserung der geschäftlichen Erfolge schwinden wird.

Es wird weiter glänzend verdient! Die Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik vorm. W. u. Bittler Alt.-Ges., Waren-Leipzig, weist einen Reingewinn von 2,85 Millionen Mark gegen 1,78 Millionen Mark im Vorjahr aus, woraus 30 gegen 25 Proz. Dividende verteilt werden, obwohl die Gesellschaft ihr Kapital im Vorjahre von 2,1 auf 3 Millionen Mark erhöht hat.

Soziales.

Neue Ausführungsbestimmungen zum Hilfsdienstgesetz.

Im Reichsgesetzblatt Nr. 20 sind die Bestimmungen zur Ausführung des Hilfsdienstgesetzes vom 30. Januar 1917 zum Abdruck gebracht. Da sie drei Seiten des Gesetzblattes umfassen, geben wir hier nur die wichtigsten Vorschriften wieder.

Wird das Beschäftigungsverhältnis eines Hilfsdienstpflichtigen durch den Arbeitgeber oder mit seiner Zustimmung aufgelöst, so hat dieser dem Hilfsdienstpflichtigen hierüber eine Bescheinigung (Ablehrschein) auszustellen.

Erhebt ein Hilfsdienstpflichtiger, dem der Ablehrschein erteilt wird, keine Beschwerde bei dem darüber zur Entscheidung berufenen Ausschuss, so kann er von diesem trotzdem eine schriftliche Auskunft (Bescheinigung) darüber verlangen, ob der Betrieb seines bisherigen Arbeitgebers oder die Organisation, bei welcher er bisher beschäftigt war, der Kriegswirtschaft oder der Volkswirtschaft dienlich (§ 2 des Hilfsdienstgesetzes). Ist die Auskunft erteilt, daß dieses nicht der Fall ist, so darf der Hilfsdienstpflichtige auch vor Ablauf von 14 Tagen seit Aufgabe der letzten Arbeit beschäftigt werden.

Jeder Arbeitgeber, der sich weigert, den von dem Hilfsdienstpflichtigen beantragten Ablehrschein auszustellen, ist verpflichtet, den Hilfsdienstpflichtigen zu Arbeitsbedingungen, die mindestens nicht ungünstiger als die bisherigen sind, weiter zu beschäftigen.

Der Hilfsdienstpflichtige, der von der Beschwerde wegen Verweigerung des Ablehrscheins Gebrauch macht, hat das Beschäftigungsverhältnis bis zur Entscheidung über seine Beschwerde fortzusetzen, es sei denn, daß ihm die Fortsetzung nach den Umständen des Falles nicht zugemutet werden kann. Hierüber entscheidet auf Antrag durch den Arbeitgeber oder Arbeitnehmer der Vorsitzende des Ausschusses. Diese Vorschrift ist nicht mit Strafe bedroht.

Aus dem Ablehrschein müssen Name oder Firma des Arbeitgebers oder der Organisation sowie Ort, Strafe und Hausnummer der Beschäftigungsstelle, wo der Hilfsdienstpflichtige zuletzt tätig war, sowie die Dauer der letzten Beschäftigung ersichtlich sein. Der Ablehrschein muß auf einen besonderen, von den Arbeitspapieren des Hilfsdienstpflichtigen getrennten Blatte erteilt werden. Bei Eingehung eines anderen Beschäftigungsverhältnisses hat der neue Arbeitgeber dem Hilfsdienstpflichtigen den Schein abzunehmen.

Der Ablehrschein und Bescheinigungen des Ausschusses sind stempelfrei. Das Verfahren vor den Ausschüssen auf Grund des Hilfsdienstgesetzes sind gebühren- und stempelfrei.

Ein Hilfsdienstpflichtiger, der nach Empfang einer besonderen schriftlichen Aufforderung zur Aufnahme von Hilfsdienstleistung, solche Beschäftigung annimmt, hat hieron unverzüglich dem Ausschuss, von dem die Aufforderung ergangen ist, unter Angabe des Arbeitgebers und der Art der Beschäftigung Mitteilung zu machen. Die Wichtigkeit dieser Angabe hat der Arbeitgeber durch seine Unterschrift zu bekräftigen. Unterläßt der Hilfsdienstpflichtige die Mitteilung, so kann er vom Vorsitzenden des Ausschusses mit Geldstrafe bis zu zwanzig Mark bestraft werden, wenn er hierauf im Aufforderungsbescheide hingewiesen ist. Dem Aufforderungsbescheide ist ein zur Verwendung mit der Post geeigneter Vordruck beizufügen, die die Mitteilung der nach dem obigen erforderlichen Angaben durch Ausfüllung ermöglicht.

Den Arbeitgebern und ihren Vertretern ist bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 300 M. oder Haft unterlag, die Arbeiter oder die nach dem Versicherungsgeetze für Angestellte versicherungspflichtigen Angestellten ihres Betriebes in der Ausübung des Wahlrechts bei den nach § 11 des Hilfsdienstgesetzes vorzunehmenden Wahlen zu den Arbeiterausschüssen oder den Angestelltenausschüssen oder in der Uebernahme oder Ausübung der Tätigkeit als Mitglied eines solchen Ausschusses zu beschränken oder sie wegen der Uebernahme oder der Art der Ausübung zu benachteiligen.

Diese Bestimmungen sind am 2. Februar 1917 in Kraft getreten.

Das Verfahren bei den Ausschüssen des Hilfsdienstgesetzes.

Das Hilfsdienstgesetz kennt dreierlei Arten von Ausschüssen; sie werden in einer vom Kriegsamt in Nr. 20 des Reichsgesetzblattes veröffentlichten Anweisung über das Verfahren vor den Ausschüssen als Besetzungsausschuss, Einberufungsausschuss und Schlichtungsausschuss bezeichnet. Der Besetzungsausschuss hat zu entscheiden, ob ein Beruf oder Betrieb ein triegswirtschaftlicher ist oder der Volkswirtschaft dienlich; er kommt für unsere Darlegungen nicht weiter in Betracht. Der Einberufungsausschuss entscheidet über die Heranziehung der Hilfsdienstpflichtigen zum Hilfsdienst, der Schlichtungsausschuss über die Erteilung der Ablehrscheine und die damit in Zusammenhang stehenden Fragen.

Zuständig ist der Einberufungsausschuss, in dessen Bezirk der Hilfsdienstpflichtige seinen Wohnsitz hat oder sich aufhält. Für die Entscheidung von Beschwerden über die Verweigerung des Ablehrscheins ist der Schlichtungsausschuss zuständig, in dessen Bezirk das

Unternehmen liegt, bei dem der Hilfsdienstpflichtige die der Beschwerde zugrundeliegende Beschäftigung ausübt oder ausgeübt hat, und, wenn diese Beschäftigung an einem Orte außerhalb des Bezirkes stattfindet oder stattgefunden hat, auch der Ausschuss, in dessen Bezirk dieser Ort liegt. In Fällen, wo hiernach kein Ausschuss zuständig sein würde, bestimmt der Vorsitzende der beim Kriegsamt errichteten Zentralstelle den zuständigen Ausschuss.

Entscheidungen und Anordnungen sind nicht deshalb unwirksam, weil sie von einem örtlich unzuständigen Ausschuss ergangen sind.

Der Vorsitzende der Ausschüsse hat das Verfahren so vorzubereiten, daß dem Ausschuss selbst eine schnelle Entscheidung ermöglicht wird. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hat Beschwerden innerhalb einer Woche nach ihrer Anhängigmachung vor den Ausschuss zu bringen, wenn nicht vorher eine Verständigung erfolgt oder die Beschwerde zurückgezogen wird. Er kann jedoch sofort nach Eingang der Beschwerde einen Besetzungsausschuss erteilen, wenn er einen Ablehrschein nicht für erforderlich hält, weil er die bisherige Beschäftigung des Beschwerdeführers nicht unter das Hilfsdienstgesetz fallend, ansieht.

Die Entscheidungen der Ausschüsse können ohne mündliche Verhandlung erfolgen, doch soll bei den Schlichtungsausschüssen die mündliche Verhandlung die Regel bilden. Ist mündliche Verhandlung angeordnet, so kann die Entscheidung auch beim Ausbleiben der zur Verhandlung Beladenen ergehen. Der Ablehrschein darf nur erteilt werden, nachdem dem Arbeitgeber von der Beschwerde Kenntnis gegeben ist.

Die Verhandlungen vor den Einberufungsausschüssen sind nicht öffentlich. Öffentlich dagegen die Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen. Doch kann wegen wichtiger Gründe die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Im Interesse der Landesverteidigung kann das Kriegsamt für einzelne Bezirke den Ausschluß der Öffentlichkeit allgemein anordnen. Der Vorsitzende kann jedoch in allen Fällen einzelnen Personen den Zutritt zur Verhandlung gestatten.

Beteiligte können sich in jeder Lage des Verfahrens eines Beistandes und, sofern nicht ihr persönliches Erscheinen angeordnet ist, eines mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreters bedienen. Beistände und Vertreter können durch Beschluß des Ausschusses zurückgewiesen werden, wenn sie das Verfahren durch unsachliches Verhalten übermäßig erschweren.

Entscheidungen über Beschwerden wegen Verweigerung des Ablehrscheins, soweit sie auf mündliche Verhandlung ergehen, werden im Termin öffentlich verkündet. Schriftliche Abfassung findet nur statt, wenn sie von einem Beteiligten beantragt wird oder der Ausschuss sie für erforderlich erachtet.

Gibt ein Hilfsdienstpflichtiger, ohne durch besondere Aufforderung des Einberufungsausschusses herangezogen zu sein, seine Beschäftigung unter Nichtachtung entgegenstehender Vertragsbedingungen auf, um in den Hilfsdienst einzutreten, so kann sein bisheriger Arbeitgeber dem Vorsitzenden des zuständigen Einberufungsausschusses behufs Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses um seine Vermittlung angehen.

Gegen die besondere schriftliche Aufforderung können der Hilfsdienstpflichtige oder sein bisheriger Arbeitgeber bei dem Ausschuss, von dem die Aufforderung ergangen ist, Vorstellung erheben. Die Aufforderung ist zurückzunehmen, wenn die Auffassung des bisherigen Beschäftigungsverhältnisses einen übermäßigen Schaden bereiten würde, sofern nicht die Bedürfnisse des Hilfsdienstes überwiegen.

Auch die Frist zur Uebernahme eines Hilfsdienstes kann unter den gleichen Voraussetzungen verlängert werden. Gegen die Ueberweisung zum Hilfsdienst steht die Beschwerde sowohl dem Hilfsdienstpflichtigen als auch seinem letzten Arbeitgeber zu.

Im Verfahren vor den Schlichtungsausschüssen sind Beteiligte nur der Beschwerdeführer und der Arbeitgeber, gegen den die Beschwerde sich richtet.

Bei zurückgestellten Wehrpflichtigen hat der Schlichtungsausschuss auf Verlangen der Militärbehörde auch in den Fällen, die nicht vor den Ausschuss gebracht sind, festzustellen, welche Gründe zu der Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses geführt haben. Dabei kann der Ausschuss vorschlagen, den Wehrpflichtigen einem anderen Betrieb zu überweisen.

Diese Anweisung ist ebenfalls am 2. Februar 1917 in Kraft getreten.

Keine Aufhebung der Fortbildungspflicht in Sachsen.

Von verschiedenen Seiten ist, wie auch wir wiederholt meldeten, auf die sächsische Regierung eingewirkt worden, um während des Krieges eine Befreiung von der Fortbildungspflicht herbeizuführen. Das Kultusministerium hat dies jetzt abgelehnt. Es begründet seine Stellung damit, daß der Unterricht später nicht nachgeholt werden kann. Dabei verweist es zugleich auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Vorbildung des gewerblichen Nachwuchses bei den großen Aufgaben, die die Zukunft stellt. Die Konzeption macht das Kultusministerium jedoch, daß alle Fortbildungsschüler des dritten Jahrganges, soweit sie nach sicherer Kenntnis der Bezirks-schulinspektoren in industriellen Betrieben ausschließlich für Gewerbetätigkeiten arbeiten oder in den lediglich für die Ernährung der Bevölkerung tätigen gewerblichen Betrieben beschäftigt sind und dort unentbehrlich sind, bis Ostern 1917 beurlaubt werden können. Bei den anderen Schülern des zweiten und dritten Jahrganges bleibt es bei dem bisherigen Zustande. Wir glauben, daß diese Konzeption den Interessen den Mut gibt, nach Ostern 1917 von neuem ihre Anträge zu präsentieren.

Berichtszeitung.

Durch unrichtige Angabe von Fleischvorräten sollte der Berliner Schlächtermeister Müller die am 2. Februar 1916 erlassene Bundesratsverordnung über die Vorratserhebung übertreten haben. Er hatte einem Polizeibeamten, der Auskunft haben wollte, das Vorkhandeln von 280 Pfd. Schlachtwurst auf dem Boden beschwiegen. Das Sondergericht II verurteilte ihn zu einer Geldstrafe und führte aus: Es könne den Angeklagten auch nicht entschuldigen, daß die fragliche Schlachtwurst noch weiterer Räucherung bedürfte. Unter die Räucherungsmittel aller Art, auf die sich die Anklage bezieht, falle auch noch nicht geräucherter Wurst. Das Kammergericht schloß sich dieser Auffassung an und verwarf die Revision des Angeklagten.

Eingegangene Druckchriften.

Deutscher Jungmannen-Kalender 1917/18. Von W. Sackmann. 75 Pf. Verlag H. Perzold, Bitterberg.
Was ist Kriegswunder und wie bekämpfen wir ihn? Von Prof. Dr. Georg Doh. Geb. 1 M. — Das Weizen und die Aufgaben der Kriegsdienstverweigerer. Herausgegeben im Deutschen Reich. Von Dr. Luppe. Geb. 1,50 M. Verlag G. Teubner, Leipzig.
Das Warenumschlagtempel-Gesetz nebst amtlichen Auslegungen und gemeinverständlichen Erläuterungen. Von R. G. Martens. 1 M. Gesehverlag L. Schwabe u. Co., Berlin S., Dorotheen-Str. 30.
Bismarck. Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht. Von Richard Augst. 3,50 M. Verlag J. Brandstetter, Leipzig.

Verantwortlich für den Inhalt: Hermann Wüller, Tempelhof; für den äußeren Teil: Dr. Alfred Scholz, Neuhöll; für Inserate: Th. Glöck, Berlin Dand u. Verlag: Conrad's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.
Preis 1 Bogen und Unterhaltungsblatt.

An unsere Abonnenten!

In letzter Zeit ist der „Vorwärts“ vielen Abonnenten leider wiederholt verspätet zugestellt worden. Die Ursachen liegen in der wirtschaftlichen Lage. Diese zwingt viele unserer Botenfrauen, die Arbeit aufzugeben und in die Fabriken zu gehen, um bei voller Tagesarbeit das zum Leben Notwendige heranzuschaffen. Leider ist es uns nicht immer gleich gelungen, geeignete Ersatzkräfte zu bekommen, und neu eingestellte Frauen sind naturgemäß mit der Tour nicht vertraut und müssen sich erst einarbeiten. Störungen in der Zustellung sind dadurch leider unvermeidlich.

Indem wir höflichst bitten, diese Umstände zu berücksichtigen und vorkommendenfalls Gebuld und Nachsicht zu üben, versichern wir, daß alles, was in unseren Kräften steht, getan wird, um den „Vorwärts“ so früh wie irgend möglich zu liefern.

Die Hauptexpedition.

Der preussische Eisenbahn-Etat.

Tarifierhöhung — Koalitionsrecht.

In der Staatshaushaltskommission gab der Eisenbahnminderer bekannt, daß eine allgemeine Erhöhung der Güter- und Personentarife nicht zu umgehen sei. Er kämpfte sich aber dagegen, sie schon während des Krieges zur Einführung zu bringen; es sei besser, wenn vorher die Verkehrssteuern des Reiches feststehen. Vorläufig werde aber eine Verringerung gewisser Ausnahmetarife erfolgen, um eine größere Gleichmäßigkeit in den Tariffragen herbeizuführen. Der sozialdemokratische Redner forderte, daß bei Erhöhung des Personentarifs die Arbeiterfahrkarten, Sonderfahrkarten und die Fahrkarten der 2. und 4. Klasse von jeder Erhöhung freibleiben müßten. Notwendig sei, daß alle Schnellzüge Wagen 2. Klasse führen, daß auch Schienenwagen für die 2. Klasse eingerichtet würden. Die Eisenbahnrenten sind nicht sämtlich zur Ausführung gekommen. 1/3 Reichsbahn stehen dafür noch zur Verfügung. Der verlangte das sozialdemokratische Mitglied, daß die Staatsbahnen soweit vorbereitet würden, daß nach Friedensschluss kein Zurückweichen der Staatsbahngesellschaft für die Arbeit vorhanden sei. Der Minister legte zu, die Angelegenheit in diesem Sinne zu erledigen. Darauf wurden

Arbeiterfragen

behandelt. Nach dem freimüthigen Redner beschäftigte sich der sozialdemokratische Vertreter mit der Unterstellung der Eisenbahnbetriebe unter das Hilfsdienstgesetz. Er ersuchte den Minister, da die Schlichtungsausschüsse nicht für die Eisenbahnbetriebe gelten, Einrichtungen zu schaffen, die unter Vorbehalt eines Offiziers, aus Vertretern der Verwaltung und der Arbeiter dieselben Aufgaben erledigen, wie sonst die Schlichtungsausschüsse. Ferner beschäftigte er sich mit den Löhnen. Nach den Nachweisungen wurden im Eisenbahnbetrieb im Jahre 1915 nur ganz geringe Lohnerhöhungen gewährt. Er verlangte eine allgemeine namhafte Lohn-erhöhung, da sonst die Eisenbahnarbeiter auf Grund des Hilfsdienstgesetzes sich der Rationierungsindustrie zuwenden würden. Seit Anfang 1917 würden die Heberstunden mit 20 Pf. Anschlag bezahlt. Diesen Aufschlag forderte er auch für sämtliche Hilfsbedienstete, denen jetzt Heberstunden nicht bezahlt werden. Des weiteren trat er ein für eine Erhöhung der Bezüge der Werkführer und Gleichstellung der Wagenmeister mit diesen. Die Werkführer haben teilweise geringere Löhne als die unter ihrer Leitung beschäftigten Arbeiter. Eine Nachweisung der Löhne für die 80 000 weiblichen Arbeiter müsse gegeben werden, um festzustellen, ob deren Entlohnung eine genügende ist. Die Feuerungsanlagen solle man sämtlichen Arbeitern gleichmäßig gewähren und keinen Unterschied wegen der Lohnhöhe machen, zumal bei Beamten bis zu 4500 M. Feuerungsanlagen gewährt werden. Eine weitere Verbesserung in der Versorgung mit Lebensmitteln, namentlich für die Schwer- und Schwerarbeiter, sei erforderlich. Den Arbeitern müsse mitgeteilt werden, zu welcher Gruppe von Arbeitern sie gehören, damit Angehörige derselben in der Verteilung der Brotmarken usw. nicht vorkommen. In Preußen hätten Schwerarbeiter Lebensmittelkarten, weil sie keine Brotmarken erhielten. Es wurde ihnen erklärt, sie erhielten keine Brotmarken; nach Verweigerung der Arbeit aber könnten sie sofort verteilt werden. Besondere Fürsorge müsse für das Fahrpersonal getroffen werden, das oft verspätet komme und sofort weiterbeschäftigt würde, ohne die Möglichkeit zu haben, Lebensmittel zu erhalten. Dem gesamten Personal müsse die Zeit zur Bestellung von Land gewährt werden.

Über die Gewährung des Koalitionsrechtes erklärte der Redner, daß durch das Hilfsdienstgesetz auch den Eisenbahnarbeitern die Ausübung des ihnen geschlechtlich zuzurechnenden Vereins- und Versammlungsrechtes nicht beschränkt werden dürfe. Die Erlasse des Ministers vom Oktober 1916 verbieten den Arbeitern, Mitglied des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu werden. Der Erlaß sei durch das Reichsinstitut geworden. Trotzdem sei es erforderlich, diese Frage endlich zur Erledigung zu bringen. Er könne erklären, daß der Deutsche Eisenbahnerverband nicht zu den Organisationen, welche die Arbeitsbeschaffung zur Durchführung ihrer Forderungen in Anwendung bringen, gehöre. Seine Satzung ergebe, daß er keine Einrichtung habe, die es ermöglicht, bei Lohnstreikthaltungen das Kampfmittel der Arbeitsbeschaffung anzuwenden. Zu Unterstellungen von Streiks könne er weder von anderer Seite herangezogen werden, noch selbst Mittel dafür aufwenden. Diese Erklärung über den Charakter des Deutschen Eisenbahnerverbandes könne in dem Statut Aufnahme finden. Die Generalkommission der Gewerkschaften habe bei dem Reichskanzler Beschwerde geführt, und er glaube, daß durch diese Erklärungen die Angelegenheit erledigt werden könne.

Der Minister erwiderte, es sei ihm zugunsten, wenn während des Krieges Beschwerden über das Vereinsrecht kämen. Er lege gar kein Gewicht darauf, daß die Eisenbahnervereine die Tagesordnung ihrer Versammlungen ihm mitteilen. Die Arbeitsbeschaffungsausschüsse würden entsprechend den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes umgewandelt. Es werden eine Reihe Ausschüsse mehr errichtet und für jeden Direktionsbezirk ein aus den Mitgliedern der Ausschüsse gewählter Arbeiterbezirksausschuß errichtet. Die Aufgaben der Ausschüsse seien dahin erweitert, daß sie sich in allgemeinen Lohnfragen, mit den Wohnungs- und Betriebsverhältnissen und Ernährungsfragen beschäftigen könnten. Lohnfragen für den einzelnen Arbeiter würden sie nicht behandeln dürfen. Schlichtungsausschüsse gemäß § 13 des Hilfsdienstgesetzes werde er nicht errichten. Den Mitgliedern der Ausschüsse fehle die Sachverständigkeit im Eisenbahnbetriebe. Es werde demnach ein neues Lohnsystem aufgestellt, mit Grundlöhnen, die entsprechend der Teuerung der einzelnen Gegenden erhöht würden. Eine namhafte allgemeine Lohn-erhöhung werde eintreten. — Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärten sich mit dem Standpunkt des Ministers einverstanden. Der sozialdemokratische Redner beschäftigte sich weiter mit den außerordentlichen Zuwendungen an Beamte und Arbeiter und stellte das große Mißverhältnis dieser Vergütungen zwischen hohen und mittleren Beamten und Arbeitern fest. Von 11 Milio-

nen Mark seien für Arbeiter und für deren Hinterbliebene nur 3 Millionen vorgesehen, während für höhere und mittlere Beamte 3 1/2 Millionen Mark, für Konzele- und Unterbeamte 4 Millionen Mark ausgegeben werden. Der Minister erkannte an, daß die Summe für Arbeiter zu gering sei. Er werde eine Erhöhung herbeiführen und auch das von dem sozialdemokratischen Redner beantragte Formular zum Bezuge der Unterstützung der jetzigen Zeit entsprechend gestalten.

Nach Erledigung der außerordentlichen Ausgaben war die Beratung des Eisenbahnetats erledigt. Am Freitag steht der „Vormän- und Fortsetzt zur Beratung.

Aus der Partei.

Die Schicksalsstunde der Partei.

Die sozialdemokratische Bezirksorganisation für Oldenburg und Ostfriesland erklärt einen Aufruf an die Parteigenossen zur Wahrung der Parteieinheit. Es heißt darin: „Alle Versuche, die Partei zum Zummelplatz anarcho-sindikalistischer Agitation und Ideen zu machen, sind zurückzuweisen. Nichts liegt heute mehr denn je im Interesse der Arbeiterklasse, als der Partei die Treue zu bewahren und die Mehrheitsbeschlüsse der bezugenen Organisationen zu achten. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei im Bezirk Oldenburg-Ostfriesland, auf die wir mit Recht bisher stolz sein konnten, dürfen nicht durch die Politik von Anarchisten und Sonderorganisationen zerstört werden. Versuchen, solche zu bilden, ist in jedem Falle und mit den zu Gebote stehenden organisatorischen Mitteln zu begegnen.“

Wer im Verbands der deutschen sozialdemokratischen Partei bleiben, nicht bloß, um sie von innen heraus zu zerstören, sondern um sie innerlich einig und äußerlich ungeschwächt erhalten und so über den Krieg hinwegzubringen will, der muß alle Sonderbestrebungen ablehnen. Die Meinungsfreiheit ist innerhalb der Partei nicht beschränkt; wer aber nicht mehr auf dem Boden der Partei steht, den Weisungen von außerhalb der Partei stehenden Vereinigungen folgt, der kann auch nicht mehr in der Partei bleiben, der muß von selbst von ihr gehen, wenn er eine ehrliche Gesinnung besitzt.“

Die Vorstände des Bezirks und der Kreise für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck erlassen einen Aufruf, in dem sie sich zu den Beschlüssen des Parteivorstandes und Parteiausschusses bekennen. Gemeinjam mit den Vertretern der Kreise wurden Richtlinien festgelegt, die unter anderem besagen:

Gruppen und Personen, welche durch bestimmte Handlungen ihr Eintreten für die Bestrebungen der Opposition bekunden, haben damit im Sinne des Organisationsstatuts ihren freiwilligen Austritt aus dem Verbands der Gesamtpartei erklärt.

Von derartigen Personen werden natürlich keine Beiträge mehr angenommen, sie haben ebenso natürlich keine Rechte als Parteimitglieder und kein Recht, in irgendeiner anderen Parteiorganisation aufgenommen zu werden, weil bei ihnen die Voraussetzungen des Organisationsstatuts nachweisbar nicht mehr zutreffen.

Die Parteigenossen in Frankfurt a. M. nahmen in einer außerordentlichen Versammlung am Dienstag zu den Beschlüssen des Parteiausschusses Stellung. In das Referat Quards schloß sich eine ausgedehnte Debatte, bei der Timmon den Standpunkt der Opposition vertrat. Mit überwiegender Mehrheit wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt, daß die Gründung und Erhaltung von Sonderorganisationen in der Partei, wie sie die Beschlüsse der Rinderheilkonferenz am 7. Januar in Berlin vorgegeben hat, sowie die Abschaffung von ordnungsmäßig gefaßten Mehrheitsbeschlüssen unvereinbar sind mit den organisatorischen Grundgesetzen der Partei, ohne die eine einheitliche Parteilinie unmöglich ist. Die Versammlung tritt deshalb den letzten Beschlüssen des Parteiausschusses und Parteivorstandes bei und gelobt, für deren Durchführung im Interesse der Einheit der Partei mit allen Kräften tätig zu sein.“

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Danzig-Stadt nahm am 5. Februar zu den Beschlüssen des Parteiausschusses Stellung. Die Parteiposition hatte sich große Mühe gegeben, auf dieser Versammlung die Oberhand zu bekommen. Es tauchte sogar der zur Arbeitsgemeinschaft gehörende Reichstagsabgeordnete für Bremen, Henke, in dieser Versammlung auf, und ein Rinderheilkonferenz-beauftragter, ihn als Korreferenten zuzulassen, weil er „zufällig“ in Danzig anwesend sei. Es wurde sofort nachgewiesen, daß Henke sich keineswegs zufällig, sondern schon seit mehreren Tagen in Danzig befand und bereits eine besondere Versammlung der Rinderheit hinter dem Rücken der Mehrheit abgehalten hatte. Die Versammlung lehnte es darauf durch Beschluß ab, Henke zuzulassen, weil er Mitglied eines Vereins ist, der sich von der sozialdemokratischen Partei durch Vertragsperce losgelöst hat. Das Referat hielt Parteisekretär Genosse Echl. In der Debatte sprachen drei Redner der Rinderheit und zwei Redner der Mehrheit. Der Referent legte der Versammlung folgende Resolution vor:

„Die am 5. Februar tagende Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteiausschusses einverstanden. Die Genossen, die sich mit den Beschlüssen der Reichskonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus.“

Die Opposition hatte eine von Henke verfaßte Resolution vorgelegt, die von Verleumdungen der Parteimehrheit sprach. Ihre wüste Sprache machte aber wenig Eindruck. Die von Echl vorgelegte Entschiedenheit wurde mit 109 gegen 52 Stimmen angenommen.

Auch die Genossen von Odra, der größten Gruppe der politischen Organisationen des Wahlkreises Danzig-Land haben in einer Versammlung mit über Zwei-Drittel-Mehrheit den Beschlüssen des Parteiausschusses zugestimmt und sich damit ebenfalls für die Einheit der Partei ausgesprochen.

Der sozialdemokratische Verein Breslau hielt am Montag abend eine sehr zahlreich besuchte Generalversammlung ab. Nachdem ein Spiegel vor die Tür gelegt worden war, hielt Genosse Löhde einen Vortrag über die politische Lage, in dem er die Politik der Reichstagsfraktion verteidigte und sich gegen die parteizerstörende Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft und Spartafraktion wandte. Der Redner schlug eine Resolution vor, welche die Einigkeit der Partei und das Festhalten der Partei an der bisherigen Parteipolitik betonte und den Vorstand am Orte aufforderte, Vereinsbeiträge von denjenigen Mitgliedern nicht mehr entgegen zu nehmen, die sich den Sondergruppen der Arbeitsgemeinschaft, der Spartafraktion und der „Internationale“ anschließen. Er fand lebhaften Beifall. — In der Diskussion sprachen Vertreter der verschiedenen Richtungen. Die Fortführung der Aussprache mußte wegen vorgeschriebener Stunde am Donnerstag, den 16. Februar, vertagt werden.

Aus Groß-Berlin.

Schuhmachermeisterstreik in Sicht?

Wie wir mitteilen, hat die Gutachterkommission für Schuhmachermeister für Reparaturen aufgestellt, wodurch u. a. Herrenstiefeln nicht mehr als 5,00-6 M., Abzüge bis 1,50 M., Vorstüben 8-12 M., alles je nach der Güte des Materials, kosten dürfen. Der von der Kommission ins Auge gefaßte Gewinn soll sich je nach der Klasse auf 10-20 Proz. belaufen. Gegen diese Richtpreise hat die Berliner Schuhmachervereinigung Einspruch erhoben und diesen Vorschlag gelastet: „Die Versammlung erhebt Protest gegen die Richtsätze für Schuhwarenreparaturen, da der in den Richtsätzen festgesetzte Gewinn als zum Lebensunterhalt der Schuhmacher und zur Deckung der Ankosten nicht angemessen ist, und da man den mindestbemessenen Forderungen der Vertreter des Handwerks in der Gutachterkommission für Schuhmacherpreise nicht Folge gegeben hat. Die Versammlung beauftragt den Innungspräsidenten, bei der Gutachterkommission sowie beim Reichsamt des Innern hiergegen Beschwerde zu erheben und verpflichtet sich, bis zur Genehmigung der gerechten Forderungen des Handwerks vom Tage des Inkrafttretens der Verordnung die Annahme von Reparaturen zu verweigern, da die Schuhmacher bei den vorgeschriebenen Preisen nicht bestehen können.“

Die Angelegenheit wird nun die zuständige Stelle im Reichsamt des Innern beschäftigen. Die Arbeitseinstellung würde ab 15. Februar, an welchem Tage die Richtpreise Geltung bekommen, eintreten. Die Schuhmachervereinigung erklärt, die Preise für das Leder und die anderen Materialien seien derart gestiegen, daß die Richtsätze kaum soviel Gewinn ließen, daß der Schuhmacher existieren könne. Die Zuteilung des Leders erfolge in so geringen Mengen, daß der Schuhmacher zurzeit nur eine weit kleinere Anzahl Reparaturen ausführen kann als im Frieden, die Erwerbsmöglichkeit sei demnach gemindert.

Das klingt so, als ob die verlangte Erhöhung zum Teil als Erwerbslosigkeitunterstützung für die Meister gedacht sei. Uebrigens wird auch berichtet, daß in der Sitzung, die die Richtsätze bestimmte, Vertreter der Innung zugegen waren, die sich mit den Sätzen einverstanden erklärten. Daß die Lederpreise übermäßig hoch sind, ist richtig und kann den nicht wundernehmen, der die märchenhaften Gewinne der Lederindustrie kennt; hat doch eine einzige Lederfabrik in einem Kriegsjahre nicht weniger als 25 Millionen Mark Ueberschuß gemacht; selbst kleine Händler haben in wenigen Monaten Hunderttausende verdient. Diese Ueberschüsse müssen die Konsumenten, auch die allerärmsten, aufbringen. Das Leder gehört mit zu den unentbehrlichsten Bedarfsartikeln. Wie bei so vielen anderen Dingen hat auch hier die Regierung nicht rechtzeitig eingegriffen, um die ungeheuerliche Schröpfung der Verbraucher zu verhindern.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Wie der Magistrat Berlin bekanntgibt, soll in der kommenden Woche, 12.-18. Februar berichtet werden, auf die 6 blau schraffierten Abchnitte der Berliner Kartoffelliste bis 8 Pfund Kartoffeln zu verteilen, auf jeden Abchnitt 1/2 Pfund. Da aber wegen des Frostwetters es unklar ist, ob dies möglich ist, wird denjenigen, die nicht in der Lage waren, Kartoffeln in der angegebenen Menge zu erhalten, vom Donnerstag, 15. Februar, ab, die Möglichkeit eingeräumt, auf jeden der noch nicht zum Anlauf von Kartoffeln verwendeten Kartoffellistenabchnitte bei gleichzeitiger Vorweisung der Berliner Lebensmittelkarte je 100 Gramm Gebäd, also höchstens 600 Gramm Gebäd, zu entnehmen. Selbstverständlich können auch nach dem 14. Februar die Kartoffellisten zum Anlauf von Kartoffeln verwendet werden.

Außerdem kann jeder Kartoffellisteninhaber auf Grund der vier weißen Abchnitte der Berliner Kartoffelliste in Verbindung mit dem Abchnitt 30 der Berliner Lebensmittelkarte 200 Gramm Mehl bei Berliner Mehlhandelsgeschäften gegen Voranmeldung in der üblichen Weise am 9., 10. und 11. Februar erhalten. Alle diejenigen, die ihren Wintervorrat an Kartoffeln im voraus eingedeckt haben, also mangels einer Kartoffelliste die Ertragmengen an Brot und Mehl nicht beziehen dürfen, sollen berechtigt sein, in der Woche vom 12. bis 18. Februar bis 5 Pfund Kartoffeln auf den Kopf von ihrem Vorrat zu verbrauchen.

Die Mehlabchnitte der Berliner Vorkarte für die 104. Woche dürfen vom 12. bis 18. Februar wieder nur zur Entnahme von je 200 Gramm Mehl benutzt werden.

Uebrigens wird der Anfall an Kartoffeln in der folgenden Woche unseren Bewohnern auch deswegen wenig sichtbar werden, weil auch die Plethorisation für die kommende Woche, und zwar gerade mit Rücksicht auf die Kartoffelnappheit erhöht werden soll.

Es ist öfter vorgekommen, daß von Kleinhändlern auf die Abchnitte der Zuckerkarte, die zum Bezuge von Kunsthonig, Walzunderauftrieb, Rübenstark und Speisestrup vorgemerkt sind, in Nichtbeachtung der Verordnung des Magistrats Zucker abgegeben wurde, weil nicht genügend Vorrat der Aufstreichmittel zur Verfügung stand. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß auf solche Zuckerkartenabchnitte Zucker nicht verabfolgt werden darf. Nur in ganz besonderen Fällen kann gegen ausdrückliche Genehmigung des Magistrats, Zuckerabgabestelle, Kommandantenstr. 80/81, hiervon eine Ausnahme gemacht werden. Zuckerkartenabchnitte, die zur Beschaffung von Aufstreichmittel als solche bezeichnet sind, verlieren nicht ihre Gültigkeit. Auf diese Abchnitte kann auch nach dem darauf angegebenen Verfalltag Kunsthonig, Strup u. dergl. bezogen werden.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats Berlin entfällt auf Abchnitt 28 der Lebensmittelkarte je 1/2 Pfund Sauerkraut. Der Abchnitt ist nur in den durch ein Anhängeschild gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbescheinigung abzurufen und zwar am 9., 10. und 11. Februar. Wer sich beim nächsten Anmeldeamt zur Volksspeisung anmelden will, darf Sauerkraut im Handel nicht beziehen. Er hat sich also nicht in den Lebensmittelgeschäften anzumelden, sondern muß bei der nächsten Anmeldung (vom 12. bis 15. Februar) die Lebensmittelkarte ebenso wie die Kartoffel- und Fleischkarte bei der Volksspeisung mit vorlegen, wobei der Abchnitt 28 abgetrennt wird. Inhaber von Karten, denen der Abchnitt 28 fehlt, können zur Volksspeisung für die nächste Periode nicht zugelassen werden.

Bei den äußerst schwierigen Transportverhältnissen läßt es sich nicht ermöglichen, alle Händler gleichzeitig zu beliefern. Es wird daher jeder Händler mit dem Verkauf beginnen, sobald er Ware hat. Bei einem Teil der Händler wird dies voraussichtlich binnen wenigen Tagen der Fall sein.

Dritter Wahlkreis. Eine Besprechung aller auf dem Boden der Beschlüsse des Parteiausschusses und des Parteivorstandes stehenden Genossen und Genossinnen findet heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8, statt. Zweck der Besprechung ist die Konstituierung des Wahlvereins für den dritten Berliner Wahlkreis der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Um zahlreichen Besuch ersucht

Zug. 501, Rammstr. 30.

Vierter Wahlkreis. Wie auf dem Boden der Beschlüsse des Parteiausschusses und des Parteivorstandes stehenden Genossen und Genossinnen werden an dem Freitag (heute) abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, stattfindenden Versammlung eingeladen. Tagesordnung: Die Konstituierung

eines Parteiverbands für den vierten Kreis. ...

Zeitweise Schließung der Charlottenburger Schulen.

Der Magistrat hat beschlossen, wegen des Kohlenmangels sämtliche öffentlichen Schulen vom Sonnabend, den 10. Februar bis einschließlich Sonnabend, den 17. Februar, zu schließen.

Lebensmittelanfragen aus Wilmerdorf. In dieser Woche kommen in Wilmerdorf zur Verteilung: pro Person 100 Gramm Getreide...

Aus der Tegeler Gemeindevertretung. In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde ein Antrag der Firma Vorfag, betreffend Ueberführung der Wasserleitung für Feuerlöschzwecke über die Schöneberger Straße...

Lebensmittelanfragen aus Reinickendorf. In den am 11. Februar in den Verkaufsstellen gelangt zum Verkauf: Kaffee-Ertrag-Wischung (Pfund 1,80 M.)...

Die Lieferung der Gemeinde mit Gern (Verkaufspreis 32 Pf.) ist in ungenügender Menge erfolgt, so daß vorläufig nur ein Teil der Bevölkerung versorgt werden kann.

Bei der Festsetzung der Preise für Kaffee-Ertrag-Wischung sind allem Anschein nach die feineren Sorten der höchsten Preise bedauernd überschritten.

Mitgliederversammlung in Diktensberg. Am 7. d. M. fand hier eine Versammlung der auf dem Boden der alten Parteioffiziere lebenden Genossen statt, um zur Weiterführung der im bisherigen Rahmen gegliederten Organisation Stellung zu nehmen.

Mitgliederversammlung für Pantow-Niederhöndelhausen-Buchholz. Mittwoch, den 7. Februar, fand bei Heide in Niederhöndelhausen, am Reichsplatz, eine gut besuchte Versammlung statt, welche sich mit der Reorganisation des Sozialdemokratischen Wahlvereins für obige Orte beschäftigte.

Weißensee. Der Parteivorstand hat den Berliner Parteigenossen mitgeteilt, daß die Groß-Berliner Parteioffiziere sich von der sozialdemokratischen Gesamtpartei losgelöst und der neuen Partei der Arbeitergemeinschaft angeschlossen haben.

Aus aller Welt.

Furchtbares Erdbeben in Ostafrika. Nach einer Meldung aus Petersburg ereignete sich am 30. Januar im nördlichen Ostafrika ein furchtbares Erdbeben.

Bombenexplosion vor der Amsterdamer Börse. Mittwoch abend explodierte am Haupteingang der Börse eine Bombe. Es wurde niemand verletzt und kein Schaden angerichtet.

Feuerbrand in Tokio. Nach russischen Meldungen wurde fast das ganze Bahnhofsviertel in Tokio durch einen Feuerbrand zerstört.

Parteiveranstaltungen.

Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal von E. Dohm, Adler-Wilhelm-Straße, eine Versammlung der zur Arbeitergemeinschaft angetretenen Genossen statt.

Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal von Max Singer, Pfefferstraße, 11: Versammlung des Wahlvereins.

Stilles Parteivorstandes: Scheidung und Abschied in der Partei; Bericht von der Reichsgeneralsammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Arbeiterfragen. 1. Denken Sie sich an den Verein Arbeiterpresse, Robert Schmidt, Engelstraße 15, 2. Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Langsam von Norden nach Süden fortschreitende Erwärkung.

Die Befestigung des Oberkommandos in den Karten betreffend. Die Befestigung des Oberkommandos in den Karten betreffend. Die Befestigung des Oberkommandos in den Karten betreffend.

Todes-Anzeigen.

Beutscher Metallarbeiter-Verein. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht.

Emma Wagner. Bräuerstr. 33. am 7. Februar gestorben ist.

Georg Roeske. Lortzingstr. 33. am 6. Februar gestorben ist.

Kranken-, Sterbe- u. Zuschusskasse für männl. Personale aller Berufs-Groß-Berlin.

Hermann Hönicke. (Verordneter). Ihre feinem Andenken!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin.

Franz Stubinski. vom Ostweg 14, Berlin. Ihre feinem Andenken!

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Liniestr. 83-85.

Achtung! Bauanschläger Achtung! Sonntag, den 11. Februar 1917, vorm. 10 Uhr.

Branchen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, Bericht der Kommission.

Nimm Gichto-Rheumin bei Gicht, Rheumatismus und Nervenschmerzen.

Wittes Apotheke, Engel-Apotheke, Kreuzberg Apoth., Fürst-Bismarck-Apotheke.

Apfelsinen und Zitronen. In der Reichsprüfungsstelle Geog. Wain...

Zur Bekämpfung der Kohlennot hat der Magistrat energische Maßnahmen getroffen.

Die Dienststunden der Polizeireviere. Das Berliner Polizeirevier hat angeordnet, daß vom 10. Februar ab die Geschäftsstunden...

Lebensmittelanfragen für die Rüstungsindustrie.

Einer Mitteilung der Kriegsamtstelle entnehmen wir folgendes: Den vom Kriegsamt anerkannten Werken und Industriebetrieben...

Wichtigste Tauernstein-Pass. Heute Freitag findet die Eröffnung der Föhnwind...

Erkoren sind außerdem der 74 Jahre alte Meister Max Zank...

Von einem Eisenbahnzuge überfahren. Auf der Bahnstraße...

Druckfehler. In dem gestrigen Artikel „Rot, Kohlen, Schule“...

Aus den Gemeinden.

Die Kleinwohnungsfrage vor dem Charlottenburger Stadtparlament.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hat die Stadtverordnetenversammlung im Januar d. J. den Magistrat ersucht, in Beratungen einzutreten...

Auf Antrag dieser Antwort kam es in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung vom letzten Mittwoch zu heftigen Debatten.

Einen größeren Erfolg legte die Mehrheit an den Tag angesichts der Mitteilung des Magistrats, daß er der Frage des Erlasses...

Aus aller Welt.

Furchtbares Erdbeben in Ostafrika. Nach einer Meldung aus Petersburg ereignete sich am 30. Januar...

Bombenexplosion vor der Amsterdamer Börse. Mittwoch abend explodierte am Haupteingang der Börse eine Bombe.

Feuerbrand in Tokio. Nach russischen Meldungen wurde fast das ganze Bahnhofsviertel in Tokio durch einen Feuerbrand zerstört.

Parteiveranstaltungen.

Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal von E. Dohm, Adler-Wilhelm-Straße, eine Versammlung der zur Arbeitergemeinschaft angetretenen Genossen statt.

Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokal von Max Singer, Pfefferstraße, 11: Versammlung des Wahlvereins.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Liniestr. 83-85. Geschäftst. von 8-1 Uhr und von 4-7 Uhr.

Achtung! Bauanschläger Achtung!

Sonntag, den 11. Februar 1917, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Hummel, Sophienstraße Nr. 5.

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht, Bericht der Kommission, 2. Verband- und Branchenausschüsse.

Nimm Gichto-Rheumin bei Gicht, Rheumatismus und Nervenschmerzen.

Wittes Apotheke, Engel-Apotheke, Kreuzberg Apoth., Fürst-Bismarck-Apotheke, Apotheke zum gekrönten Schwarzen Adler, Zions-Apotheke.

Kriegswinterliches aus dem Spreewald.

Der Fremde, der den Spreewald nur von sommerlichen Besuchen her kennt, wird sich, wenn die Gegend in Eis und Schnee gehüllt ist, in eine ihm völlig unbekanntes Landschaft versetzt glauben.

Dauert aber der Frost an und läßt das Eis immer stärker werden, dann wird der stille, verschlossene wendische Bauer ein gar lustiger Gesell.

Solch ein Begräbnis bietet einen seltsamen Anblick: Nicht langsam und feierlich zieht so ein trauriger Zug vorüber, sondern in fliegendem Tempo flüht er vorüber.

In Friedenszeiten geddrt für den Wenden der Tanz zum Eis wie das Salz zum Brot. In allen Dorfkapellen war da Musik, und dazu oft man die beim Orgelbader eingehalten Angele.

Kunst und Technik.

In einem Vortrage, den Professor Peter Behrens im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht hielt, wurden die tiefsten Zusammenhänge zwischen Kunst und Technik einer näheren Untersuchung unterzogen.

Diese beiden so wesentlich verschiedenen Bestandteile unseres Lebens in den unauflösbaren Begriff eines Stiles zu vereinen, muß als eine der hauptsächlichsten Aufgaben unserer Kultur betrachtet werden.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman

von Gabriela Japoldta.

Markowski warf ihr einen Seitenblick zu. Schließlich stieß er, indem er eine Zigarettenhülse beschaute, durch die fest aufeinandergepreßten Zähne hervor:

„Da!“ Mit diesem russischen Beschwörungswort läßt sich alles sagen, was man nicht ausdrücken will oder kann.

„Vielleicht möchte der Herr noch den Keller oder den Boden untersuchen?“ fragte Frumelle.

Aber Aljki erwiderte mit ironischem Lächeln:

„Nein, ich habe genug!“

„So? Sie haben genug? Nun, schön! Dann erlauben Sie uns wohl schlafen zu gehen?“

Aljki verneigte sich höflich und erwiderte:

„Reinetwegen!“

Er mußte jetzt, daß seine Nachforschungen vergeblich waren, obgleich man seine Wünsche anscheinend erfüllt hatte.

Frumelle begleitete sie mit der Lampe zum Flur.

„Gute Nacht, meine Herren! Bei mir schläft wirklich alles!“

Ich komme morgen zu dem Herrn Polizeimeister wegen der Konzeption. Ich empfehle mich.“

Blötzlich öffnete sich eine gegenüberliegende Tür, und zwei Gestalten wurden sichtbar. Ein Mann im Arbeitsanzug und eine Dirne, die den Arm um seinen Hals gelegt hatte.

In dem Nichtstreffen, der durch die geöffnete Tür drang, erglänzte das zerkaupte, rote Haar des Mädchen. Als sie die Polizei sahen, traten beide zurück und warfen die Tür zu. Aber es war zu spät.

Aljki wußte nun, in was für einem Hause er sich befand.

„Frumelles Mann hat dort seine Geschäftsräume,“ sagte Markowski, als er Aljki's ironischen Ausdruck bemerkte.

„Vielleicht möchten Sie auch dort hineingehen?“

Zugleich blickte er Frumelle durchdringend an. Doch diese verlor ihre Ruhe nicht, sondern forderte die Herren auf, einzutreten.

„Nun, also bitte!“ sagte Markowski und rief die Tür seiner Gemachheit gemäß mit dem Fuß auf.

Eine noch heißere und schwülere Luft strömte ihm entgegen, als die, die im Flur herrschte, aber es war keine Zeit, zu zögern.

entwickelte, haben scheinbar mit dem Wesen der Kunst nichts gemein. Der Vortragende ergriffte an Hand einer Reihe von Lichtbildern den Nachweis, daß niemals in der Kulturgeschichte eine künstlerische Ausdrucksform durch Zufälligkeit technischer Erfindungen bestimmt worden sei, sondern daß der von vornherein gegebene Formwille als Urheber der technischen Erfindungen und Konstruktionen anzusehen sei.

Hierdurch ist gleichzeitig dargetan, daß die Arbeitergebäude technischen Schaffens keineswegs an sich schon Einheiten eines Kunststiles sein können. Eine kräftige Richtung moderner Architektur, die sich auf die Theorien Gottfried Semper's stütze, hat die künstlerische Form aus dem Gebrauchszweck und der Technik ableiten wollen.

Als Gegenlag zu dieser Auffassung sieht die Begriffsbestimmung Alois Riegl's, daß das Wesen des Kunstwertes nicht mechanisch, sondern teleologisch (zweckbewußt) aufzufassen sei, indem im Kunstwert das Ergebnis eines bestimmten, zweckbewußten Kunstvollens erklärt wird, das sich im Kampf mit Gebrauchszweck, Rohstoff und Technik durchsetzt.

Wie sehr die künstlerische Durchdringung die technische Form zu vereiteln vermag, zeigen nicht nur die Gebäude der Industrie, sondern auch ihre Produkte, vor allem Erzeugnisse der Elektrizitätsindustrie, von denen der Vortragende eine Anzahl von Beispielen im Lichtbild vorführte.

Was ist Kälte?

Was Kälte ist, das weiß man schon, aber was Kälte ist, das hat noch keiner herausgebracht — diese Abwandlung eines bekannten Wortes von Heinrich Heine drängt sich in den ungewöhnlich kalten Wintertagen den Gedanken auf, und man darf von ihr wohl sagen, daß sie nicht weniger richtig ist als der ursprüngliche Satz des Dichters mit den Frühling und der Liebe.

VIII.

Das Geschäft von „Kultur“ Gatten, Morde Leinbram.

In der Mitte der Stube, die etwa ebenso groß war, wie die Schankstube, stand ein Jude in einem buntesticken Hemd, karierter, auf dem Rücken aufgeschlagener Weste und Beinkleidern, die in hohe Schafstüffel hineingesteckt waren.

Die ganze Stube war von Strichen durchquert, von denen hier und dort bunte Fäden herabhängen, die eine Art Zelle bildeten. Zwischendurch sah man an den Wänden Britischen mit bunten Kissen, Federbetten und Decken.

Die Ausdünstungen von Menschenfleisch, Tabak, ordinärem Parfüm und Feuchtigkeit machten den Aufenthalt in dem Raum schier unerträglich. Aljki wollte zurückweichen, aber schon drängten hinter ihm die Polizisten her, die scheinbar gern in diese Stube einzutreten. Ohne mit den Wimpern zu zucken, stellten sie sich in eine Reihe an der Wand auf und sogen jenen Geruch ein, der für sie eine Erinnerung an auschweifende Stunden bedeutete.

„Was befehlt der Herr Wachmeister?“ fragte der blasse Jude mit gleichgültigem Ausdruck. Aber Markowski antwortete ihm nicht. Er beobachtete seit einiger Zeit das rote Mädchen, das mit dem Arbeiter von der Tür zurückgeschneelt war und jetzt erschöpft auf einer Britische saß.

„Was ist das?“ fragte er. „Das ist doch keine Hiesige?“ „Nein,“ sagte der Jude, „sie ist bei ihrer Schwester zu Besuch.“ „Du läßt!“ flüsterte das Mädchen mit heiserer Stimme.

wahrnehmungen einen Gegensatz zu bilden. Daß dieser rein geistige Inhalt ist, lehrt die tägliche Erfahrung. Wir können Kälte empfinden, wenn die Temperatur des umgebenden Mediums noch weit über dem Nullpunkt liegt, nur wegen des Gegenlages, mitunter unabhängig von der Art der Bekleidung.

Krieg und Geburten.

Der berühmte Wiener Geburtshelfer Schauta teilte mit, daß bis zum März 1915 die Geburtenzahl Oesterreichs unverändert blieb, dann aber fiel die Verhältniszahl von 200 auf 100 und bei diesem so niedrigen Stand ist es geblieben. Derselbe Rückgang um 50 Prozent gilt auch für Deutschland.

Interessant ist auch, daß aus einer sehr großen Geburtenzahl der Schautaischen Klinik festgestellt wurde, daß gegenüber dem normalen Geschlechtsverhältnis von 106 Knaben auf 100 Mädchen seit dem 1. April 1916, also neun Monate nach Kriegsausbruch, 102 Knaben auf 100 Mädchen kommen.

Notizen.

— Aunaband. Der nächste Lombardiabend des Schiller-Theaters am Sonntag, den 11. Febr., bringt wieder ein Trio und ungariſche Tänze von Joh. Bradus.

— Musikchronik. Will v. Wöllendorff führt am Sonntag mittags 12 Uhr im Harmoniumsaal, Steglitzer Str. 35, sein mit einer Viertelstunde reiches Harmonium vor. — Das letzte der vier historischen Orgelkonzerte in der Friedrichshagenkirche (Gendarmenmarkt) findet am 12. Februar, 8 1/2 Uhr abends, statt. Deutsche Meisterwerke dreier Jahrhunderte.

— Hauptmanns neues Drama, das er in Suſelung an Selma Lagerlöfs Erzählung „Herrn Arnes Schatz“ gehalten hat, erhielt den Titel „Winterballade“ und wird demnächst im Deutschen Theater aufgeführt werden.

— Ertrag eines Arbeiterdichters. Unser Wiener Genosse Alfons Gehold, der seit Jahren leidend ist, wird nach einem Antrag des Wiener Stadtrats eine jährliche Ertragsquote von 1000 Kronen erhalten. Seine Gedichte und Erzählungen haben ihm bereits einen obersten Platz unter den deutschen Arbeiterdichtern gesichert. Zuletzt erschienen von ihm in der Kriegszeit entstandene Gedichte (bei Diederich in Jena) und eine Sammlung kleinerer Erzählungen „Silber der Wanderer“ (bei Reuß u. Jitta in Konstantz).

„Ich bin vor acht Tagen aus Vialystock gekommen, du hast mich kommen lassen.“

Dabei zog sie ihre grünlichblaue Sammelblase gerade und zeigte mit koketter Grimasse eine Reihe weicher Zähne.

„Bist du verheiratet?“ fragte Markowski.

„Natürlich“, erwiderte die Frau.

„Hast du einen Paß von deinem Mann?“ forschte er weiter.

„Ich weiß nicht“, erwiderte sie verlegen.

Markowski wandte sich an den Juden.

„Ist ihr Paß in Ordnung? Ja habe ihn auf der Polizei nicht gesehen. Warum ist sie nicht gemeldet?“

Der Jude nahm eine bescheidenere Miene an und begann sich zu rechtfertigen.

„Ja wollte zu dem Herrn Polizeimeister in dieser Angelegenheit gehen. Myſte ist ihrem Mann fortgelaufen, er soll ihr den Paß nachschicken. Ich wollte um provisorische Erlaubnis bitten.“

„Morgen in aller Frühe sollst du da sein!“ schrie Markowski auf russisch und stampfte dabei mit dem Fuß auf. Wenn nicht, laſſe ich sie von der Aufsicht fortbringen.“

„Herr Wachmeister, ich brauche sie. Sie ist heiter und fleischig.“

„Schweig! Wie wagst du es, Leute ohne Paß aufzunehmen?“

Die rothaarige Dirne begann zu jammern; sie sah sie beim Kopf und tat, als ob sie damit gegen die Wand kofe. Hinter dem Felsen traten zwei andere Dirnen mit ebenso zergerauten Köpfen vor, nur schlechter gekleidet, mit Pantoffeln auf den nackten Füßen.

Markowski brüllte aus ganzer Kraft mit seinem drohenden Paß:

„Schweig, du Schimpansenweib! Sonst gibts Prügel.“ Das Geschrei verstummte. Da wandte sich Markowski wieder an Leinbram, der inzwischen sein Gleichgewicht wiedererlangt hatte.

„Wer übernachtet heute bei dir?“ fragte er.

„Niemand!“ erwiderte Morde Leinbram. „Es waren einige Schaffner hier, aber sie sind wieder gegangen, nachdem sie sich vergnügt haben, und jetzt war dieser Herr hier“; er deutete auf den Arbeiter, der soeben ging.

